

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Verband Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Hohannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 36.

Freitag, den 12. Februar 1904

11. Jahrg.

Siehe eine Seite.

## Rußland und Japan.

Die erfolgreiche Beschließung der auf der Außenrede von Port Arthur liegenden russischen Flotte durch die japanischen Torpedoboote, die in der Nacht zum Dienstag erfolgt ist, war, wie sich jetzt herausstellt, nicht der erste Zusammenstoß zwischen den Japanern und Russen. Dieser fand vielmehr schon am Montag statt und zwar im koreanischen Hafen von Tschemulpo, dem Hafen der koreanischen Hauptstadt Seoul. Die japanische Gesandtschaft in London erhielt darüber folgendes Telegramm aus Tokio: „Das japanische Geschwader, das die Transporttschiffe begleitete, traf am 8. Februar auf dem Wege nach Tschemulpo das (russische) Hochseelanonenboot „Korejek“, das aus dem Hafen ausfuhr. Der „Korejek“ nahm gegen die japanischen Schiffe eine offensive Haltung ein und feuerte auf die japanischen Torpedoboote. Mehrere Schiffe zwei Torpedos ab, die sehr gingen. „Korejek“ kehrte zu seiner Ankerstelle zurück. Am 9. Februar früh forderte Admiral Ucin, der Kommandant des japanischen Geschwaders, formell die russischen Kriegsschiffe auf, den Hafen von Tschemulpo vor Mittag zu verlassen. Der Admiral fügte hinzu, wenn der Forderung nicht nachgegeben würde, sei er gezwungen, die russischen Schiffe im Hafen anzugreifen. Zwei russische Kriegsschiffe verließen um 11½ Uhr vormittags den Hafen und es entspann sich außerhalb der archipelartigen Inseln ein Kampf. Nach einem Geschützkampf, der über eine Stunde währte, zog sich ein russisches Schlachtschiff zwischen die Inseln zurück. Gegen Abend sank ein russischer Kreuzer. Gegen 4 Uhr morgens am 10. Februar wurde gemeldet, das Hochseelanonenboot „Korejek“ sei gleichfalls gesunken, nachdem eine Explosion stattgefunden hatte. Die Offiziere und Mannschaften der beiden gesunkenen Schiffe seien auf den französischen Kreuzer „Pascal“ gesunken. Auf japanischer Seite hat der Kampf keine Anfälle eingetragen. Die japanische Gesandtschaft erhielt ferner ein Telegramm, das meldet, vier japanische Bataillone seien in Tschemulpo gelandet worden.“ Durch diese amtliche japanische Meldung findet die bereits gestern mitgeteilte Reuterdepesche aus Tschifu in gewisser Hinsicht ihre Bestätigung, wonach es den Japanern gelungen sein sollte, die russischen Kreuzer, sie wurden „Warjaz“ und „Korlez“ genannt, wegzunehmen und in den Hafen von Tschemulpo oder Tschemulpo, was nur eine andere Schreibweise ist, einzubringen. Wie jedoch aus der japanischen Drohung hervorgeht, ist es sogar gelungen, die beiden russischen Kriegsschiffe zum Sinken zu bringen. Nach neuerlichen Meldungen des Reuterischen Bureaus aus Tokio soll der Zusammenstoß vor Tschemulpo eine formelle Seeschlacht gewesen sein. Der Kampf habe von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags gewährt. Das Kanonenboot „Korejek“ wurde nach dieser Meldung zum Sinken gebracht, der „Warjaz“ in Brand geschossen und kampfunfähig gemacht. Ein Teil der russischen Mannschaft, der landete, wurde gefangen genommen. Die japanischen Schiffe wurden leicht beschädigt. Die Anzahl der vorläufig in Tschemulpo gelandeten japanischen Truppen wird auf 8000 angegeben, die auf die Hauptstadt Seoul marschieren. Zwischen sind auch in Wajangpho, Fusan und anderen koreanischen Küstenpunkten japanische Truppen gelandet worden, im ganzen 36 000 Mann, darunter die Garde. Von Norden her marschiert eine starke russische Truppenmacht, die den Dalusluß überschritten hat, ebenfalls auf Seoul zu. Eine Schlacht wird in den nächsten Tagen erwartet.

Ueber die Seeschlacht bei Port Arthur, die am Dienstag dem Nachtangriff der Torpedoboote folgte, liegen bereits Berichte von Augenzeugen vor. Das Bureau Reuter“ übermittelt folgenden Bericht des aus Port Arthur in Tschifu angekommenen Dampfers „Columbia“. Die „Columbia“ lag im Hafen, umgeben von 14 russischen Kriegsschiffen. Montagabend 11.45 (ostasiatische Zeit) wurde an Bord der „Columbia“ eine schwere Erschütterung verspürt. Die russischen Schiffe setzten sofort ihre Scheinwerfer in Tätigkeit und feuerten. Das Feuer dauerte nur kurze Zeit. Um 1 Uhr morgens wurden weitere Erschütterungen verspürt und die Russen fingen wieder an zu feuern. Die japanischen Schiffe erwiderten das Feuer nicht. Um 2 Uhr morgens kamen zwei russische Schlachtschiffe herein und wurden am Eingange des Hafens an den Strand gebracht. Ihnen folgte bald ein russischer Kreuzer, der auch an den Strand gebracht wurde. Keines dieser drei Schiffe sah über der Wasserlinie beschädigt zu sein. Während des frühen Morgens wurden mehrere Torpedoschiffe gesichtet; dann war alles ruhig. Ein Bericht des „New York Herald“ aus Tschifu setzt diese Schilderung fort: Bei Sonnenaufgang waren drei Kreuzer mit der japanischen Flagge am Horizonte sichtbar. Dieselben kamen ganz

nahe heran und beobachteten ganz ruhig, während sich auf dem Vorderteile der beschädigten russischen Schiffe die gaffende Mannschaft mit blassen Gesichtern zusammendrängte. Um 8.20 fuhren die Japaner wieder ab. Das russische Geschwader fuhr ihnen nach, landeinwärts zu in der Richtung nach Daluh. Um 9.15 kehrten die Russen wieder zum Hafen zurück. Sie hatten anscheinend nicht geschossen. Es war beinahe 11 Uhr morgens, als 16 japanische Schiffe, darunter fünf Schlachtschiffe, in seiner Ordnung am Horizonte erschienen. Etwa um Viertel nach 11 Uhr kam der erste Schuß von einem japanischen Schiffe; ein zwölfzölliges Geschöß, das gut gezielt war, fiel in der Nähe der Torpedoboote und der beschädigten Schlachtschiffe nieder. Bis 11.45 dauerte das Bombardement der Forts. Die Japaner zielten gut; zwei Geschosse plagten oben auf einem Fort und eine Anzahl auf den Klippen und am Strande. Alles waren schwere Geschosse. Auf beiden Seiten wurde langsam gefeuert. Viele russische Geschosse waren zu kurz gezielt. Die „Sébastopol“ oder ein Schwester Schiff wurde von einem schweren Geschöß am vorderen Schornsteine getroffen. Der russische Kreuzer „Novik“ oder „Kurik“ (?) kämpfte mutig; er kam den Japanern am nächsten, bis ein heftiges Feuer auf ihn konzentriert wurde und er sich zu den Schlachtschiffen zurückziehen mußte. Mehrere blieben die ganze Zeit unter den Kanonen der Forts, die über sie weg feuerten, aber nur selten. Vor dem Kampfe warfen die Russen Betten, Tische und anderen Hausrat aus den Kanonenlöchern der Kriegsschiffe. Chinesische Boote fischten diese Sachen auf, bis die Geschosse zu fallen angingen. Die japanischen Schiffe waren während der ganzen Zeit in vorzüglicher Formation geblieben; sie zogen sich langsam südöstlich zurück, nachdem der Kampf eine Stunde gedauert hatte.

Am Nachmittag scheint dann die japanische Flotte den Angriff nochmals erneuert zu haben. Die Londoner „Central News“ melden aus Port Arthur vom Dienstag Abend: Heute Nachmittag kehrte die japanische Flotte zurück und eröffnete abermals ein Bombardement auf die Forts und die Flotte. Das Bombardement dauerte 25 Minuten. Dann dampften die japanischen Schiffe ab. Die Verluste auf der russischen Seite sind gering. Während des Bombardements strandete einer der japanischen Kreuzer. Es herrscht Panik in Port Arthur. Frauen und Kinder verlassen eilig die Stadt.

Zwischen hat Admiral Alexjew seinen, dem Zaren verpflanzten, ergänzenden Bericht über den Umfang der Beschädigungen erstattet, welche die russische Flotte bei dem ersten Torpedo-Angriff der Japaner erlitten hatte. Er hat dem Zaren folgendes Telegramm zugehen lassen: „In Ergänzung meines ersten Telegramms melde ich, daß alle drei bei Port Arthur beschädigten Schiffe sich auf dem Wasser halten. Die „Kessal“ und „Maschinen“ sind nicht beschädigt, der „Befarewitsch“ ist am Steuer beschädigt worden, der „Retwisjan“ in der Abteilung unter der Wasserlinie, wo sich die Pumpen befinden, und der Kreuzer „Pallada“ in der Mitte des Schiffes unweit der Maschine. Nach der Explosion eilten sofort die du jour habenden Kreuzer zur Hilfe, und trotz der Dunkelheit der Nacht wurden Maßnahmen getroffen, um die beschädigten Schiffe in die innere Reede zu bringen. An Offizieren hatten die Schiffe keine Verluste, dagegen wurden zwei Unteroffiziere getötet, fünf sind ertrunken und acht verwundet. Die feindlichen Torpedoboote wurden rechtzeitig mit starkem Feuer von den Schiffen empfangen. Nach Beendigung des Angriffs wurden zwei Torpedos gefunden, die nicht trepirt waren.“ Genauer werden die Beschädigungen der drei russischen Kriegsschiffe noch in einem Petersburger Telegramm der französischen offiziellen „Agence Havas“ angegeben. Danach wurde „Befarewitsch“ von einem Torpedo am Heck getroffen. Die am Steuer liegenden Schotten sind leer, die Steuervorrichtungen konnten nicht mehr benutzt werden. Doch konnte „Befarewitsch“ seinen Kurs in den Hafen nehmen und einlaufen. Das Schlachtschiff „Retwisjan“ erhielt einen Torpedoschuß in das Vorderschiff und begab sich in den Hafen; ein Kessel des Kreuzers „Pallada“ flog in die Luft, weil ein Torpedo im Feuerraum explodierte. Auch dieses Schiff konnte noch, trotz der Beschädigungen, den Hafen anfahren. Man hofft, daß es in kurzer Zeit wieder in See gehen können. Im Morgengrauen des 9. Februar versuchte die japanische Flotte die Stadt Port Arthur und die inneren Hafensforts zu beschließen. Die russische Flotte blieb zum Schutze der Forts, die mit den Japanern einen Artilleriekampf begannen, der eine Stunde dauerte. Die Geschütze des „Befarewitsch“ und des „Retwisjan“ beteiligten sich am Kampfe.

An gut unterrichteter Stelle in Berlin wird angenommen, daß die Japaner folgenden Operationsplan haben: Sie suchen in der Nähe von Port Arthur ein Landungsquartier abzusehen, um dann Charbin in ihren Besitz zu bringen, das ein Knotenpunkt der transmandschurischen und transsibirischen Bahn ist. Sie würden dadurch das russische Meer von seiner Operationsbasis abschneiden. Bezüglich der

japanischen Flotte ist anzunehmen, daß sie, obwohl z. B. über ihren Aufenthalt alle Anhaltspunkte fehlen, mit Verstärkungen zurückkehren und Port Arthur von neuem beschließen wird.

Ueber weitere Erfolge der Japaner wird noch berichtet: Einer Meldung der „Central News“ zufolge wurde in Tokio berichtet, drei Transporttschiffe der russischen freiwilligen Flotte mit 2000 Mann Truppen an Bord seien Dienstag von den Japanern genommen worden. Ferner verlautet im Schanghai, daß der am Sonntag von Schanghai abgegangene russische Postdampfer „Mongoli“ auf der Höhe der Küste von Schanghai von den Japanern weggenommen worden sei. Schließlich hat Japan noch die russischen Schiffe, die sich zur Reparatur in Nagasaki befanden, mit Beschlag belegt.

Die Besetzung von Schanghai durch französische Truppen wird vom französischen Ministerium des Auswärtigen für erfunden erklärt; wenigstens sei ihm nichts davon bekannt.

Aus Anlaß des Krieges zwischen Rußland und Japan hat der Zar ein vom russischen „Regierungsboten“ veröffentlichtes Manifest erlassen, das am Schlusse dem Einflusse des „heiligen“ Bobjedonoszew alle Ehre macht:

„Wir tun allen unseren treuen Untertanen folgendes kund: In der Sorge, den unserm Herzen teuren Frieden zu wahren, haben wir alle Bemühungen zur Festigkeit der Ruhe im feinen Osten angewandt. Zu diesem friedliebenden Zwecke haben wir unsere Zustimmung gegeben zu der von der japanischen Regierung vorgeschlagenen Revision der zwischen den beiden Reichen bestehenden Abmachungen bezüglich der koreanischen Angelegenheiten. Die über diesen Gegenstand angelegten Verhandlungen wurden jedoch nicht zu Ende geführt und Japan benachrichtigte uns, ohne auch nur den Eingang der in der letzten Antwort gemachten Vorschläge unserer Regierung abzuwarten, von dem Abbruch der Verhandlungen und der diplomatischen Beziehungen zu Rußland. Ohne uns vorher in Kenntnis zu setzen, daß der Abbruch solcher Beziehungen die Eröffnung einer kriegerischen Aktion bedeutet, gab die japanische Regierung ihren Torpedobootten Befehl, unser Geschwader auf der äußeren Reede der Festung Port Arthur plötzlich anzugreifen. Nach Empfang des Berichtes unseres Statthalters hierüber befehlen wir sofort, die Herausforderung Japans mit den Waffen zu beantworten. Indem wir diese unsere Entschließung kundtun, stehen wir in unerschütterlichem Vertrauen auf die Hilfe des Allerhöchsten und in der festen Zuversicht auf die einmütige Bereitwilligkeit aller unserer treuen Untertanen, zusammen mit uns das Vaterland zu verteidigen, den Segen Gottes herab auf unsere ruhmreichen Truppen der Armee und der Flotte.“

In der Angelegenheit des Nichteinganges der russischen Note bei dem russischen Botschafter in Tokio Baron v. Rosen will der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in Petersburg von besonderer Seite erfahren haben, daß die Japaner die Note Rußlands an den Baron v. Rosen in Tokio aufgefangan und ihm garnicht ausgeliefert hätten. Diese Version, deren Verbreitung offenbar den Zweck verfolgt, die Sympathien, deren sich die Japaner bei allen Kulturvölkern gegenüber den Russen zu erfreuen haben, zu zerstören, beruht sicherlich auf Erfindung. Denn hätten die Japaner tatsächlich die russische Note aufgefangan, so hätte die russische Regierung diese Tatsache in ihren Mitteilungen an die Mächte sowie in ihren sonstigen Kundgebungen nach besten Kräften ausgedeutet.

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“

Berlin, den 10. Februar 1904.

Der Etat des Reichsgesundheitsamtes wird bewilligt.

Der Reichstag führte heute die Beratung beim Titel „Reichsgesundheitsamt“ zu Ende. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand eine neue bedeutsame Rede unseres Genossen Scheidemann, der seine agrarischen Gegner von gestern der Reihe nach vornahm und gründlich widerlegte. Insbesondere dem konservativen Abgeordneten Dr. Droeßler, der sehr anmaßend aufgetreten war, wies er nach, daß seine Rede in Anlage und Einzelheiten gleich oberflächlich gewesen sei. Gestützt auf das agrarische Wert des Genossen David wies er nach, daß Deutschland nicht im Stand sei, seinen Bedarf an Kindern und Schafen aus der eigenen Produktion zu decken und deshalb namentlich mit Rücksicht auf die so sehr erwünschte Steigerung des Fleischkonsums bei der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land auf die Einfuhr angewiesen sei. Die Neuerung des Abgeordneten Grafen Reventlow, man solle die Schweine, wenn man sie nicht zu angemessenen Preisen verkaufen könne, zu Seife verarbeiten,

brandmarke er als eines der traurigsten Zeichen der kapitalistischen Weltordnung. Die freisinnigen Abgeordneten Gothein und Dr. Leonhardt unterstützten ihn durch Ausführung einer bemerkenswerten Einzelheit, der Unmöglichkeit, das amerikanische Corned beef durch gleichwertiges deutsches Fleisch zu ersetzen. Die Rede hörte die ganze Rebe Scheidemanns mit steigender Unruhe an, aber keiner der sonst so rebusartigen Herren von der Rechten, für die vor unserem Gemühte noch der schlafige Zentrumsagrarier von Petteken gesprochen hatte, wagte ihm sachlich zu erwidern. Nur in persönlichen Bemerkungen, bei denen der Abgeordnete Graf Reventlow sich endlich den verdienten Ordnungsruf holte, tobten sie ihren Verrger aus.

Eine geradezu unübersehbare Fülle von Einzelheiten schloß sich an diese grundlegende Debatte. Genosse Horn berichtigte einige Ausführungen des Abg. Graf Kanitz über die Lage der Glasarbeiter, und Genosse Hue brachte einen empfindlichen Vorwurf der Gelsenkirchener Wasserwerke, denen er an der dortigen Typhusepidemie schuld gab, zur Sprache. Herr v. Heyl verfuhr wieder einmal, aus einer Reklamage-verschiedenheit innerhalb unserer Fraktion — es handelt sich um die Fäkalienabfuhr der Stadt Mannheim, sicherlich eine bedeutsame politische Frage! — Kapital gegen die Sozialdemokratie zu schlagen, aber Genosse Singer verbarb ihm den Spah. Dagegen zeigte sich wieder einmal bei einer bürgerlichen Partei eine hübsche Verfahrenheit: Ein wackelhafter Richterianer, der pfälzische Weingutsbesitzer Sartorius, forderte höhere Zölle auf frische Trauben und mußte von seinem Fraktionskollegen Dr. Hermes desavouiert werden.

Morgen wird die Beratung des Etats fortgesetzt; voran geht die erste und zweite Lesung der Reichsschuldenordnung.

### 29. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Graf Posadowsky.  
Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Frohme (SD.) die Erklärung ab, daß die gestern von dem Abg. Gröber geäußerte Steuervoranschlagsaufgabe sich auf die Befreiung eines einzigen ungenauen Ausdrucks beschränkt habe, der durch den übrigen Inhalt seiner beiden, am gleichen Tage gehaltenen Reden richtig gestellt sei.

Auf eine Anfrage des Abg. Sartorius (FV.) über die Handhabung des Weingesezes kündigt Präsident des Reichsgesundheitsamts Professor Köhler an, daß auf Anregung der heftigen Regierung eine Kontrolle der Brennereien in Verbindung mit der Erhebung der Branntweinsteuer schon bei der Herstellung vorgenommen werden solle. Sorgfältige Ueberwachung und strenge Bestrafung aller Fälschungen haben dahin geführt, daß deutsche Weine nur besserer Qualität ins Ausland kommen.

Dr. Hartwikel (ML.) fordert gesetzliche Maßnahmen der Einzelstaaten zur Unterscheidung von Kunst- und Naturhonig.

v. Petteken (FV.): Die Wirkung des Fleischbeschau-gesezes ist lediglich sanitär. Deshalb haben meine Freunde dafür gestimmt. Für ein rein agrarisches Gesetz hätten besonders wir Süddeutschen nie gestimmt. Als agrarischer Vorkriegsbesitzer kann man höchstens bezeichnen, daß das ausländische Fleisch nicht mehr besser behandelt wird, als das inländische. Aber dieser kleine Vorteil steht in keinem Verhältnis zu den Unannehmlichkeiten, die das Gesetz uns bringt. Die Kosten der Fleischbeschauer müßten vom Staat getragen werden.

Scheidemann (SD.): Alle agrarischen Redner, die gegen mich aufgetreten sind, haben mir meine Behauptungen bestätigt. Sie alle haben den Schutz der deutschen Landwirtschaft und speziell der Viehzucht in engster Verbindung mit dem Fleischbeschau-geseze gebracht. Das aber war der Kernpunkt meiner Rede. Ich habe nachgewiesen, daß die Agrarier aus dem ursprünglich rein hygienischen Fleischbeschau-geseze ein Gesetz für die Interessen der Viehzüchter gemacht haben. Graf Kanitz hat mich in der sachlichsten Weise, als Gentleman, bekämpft. Abg. Dr. Wallau warf uns unsere angebliche Schwärzerei für das Ausland vor und erwähnte dabei auch unsere Sympathie für ausländische Minister; aber das Wort über Willerand: „Wenn wir den hätten“, ist von ganz anderer Seite gefallen als von der unsrigen. (Zuruf bei den Nationallib.: Die Minister in der Schweiz!) Auf die haben wir alle Ursache, stolz zu sein. Der konservative Abgeordnete Dr. Dine, der glaubt, behaupten zu dürfen, alles, was ich selbst sage, sei wissenschaftlich, alles, was ich sage, oberflächlich, aber keine eigene Rede trotz von phänomenalen Oberflächlichkeiten.

So erklärte er erst eine Kontrolle über die Hauschlachtungen für unnötig und dann doch das Fleischbeschau-geseze für unentbehrlich zu einer wirksamen Kontrolle unserer Nahrungsmitel. Ich habe übrigens schon in meiner ersten Rede erklärt, daß wir durchaus bereit sind, die Kosten der Hauschlachtung auf Staatskosten zu übernehmen. Herr Dr. Droscher sprach von den ihm nicht unangenehmen „wirtschaftlichen Nebenwirkungen“ des Gesezes, aber diese „Nebenwirkungen“ sind für Sie (nach rechts) die Hauptsache. Ich gebe zu, daß die Versorgung Deutschlands mit einheimischem Fleisch wünschenswerter ist. Aber darum dürfen dem Volke die Lebensmittel nicht merklich verteuert werden. Schon jetzt ist z. B. in London der durchschnittliche Fleischpreis um drei bis vier Prozent höher, als in Königsberg. Als Herr Droscher über die Gründe der verminderten Viehzucht von 1912 sprach, hätte er drei bis vierfach übertriebene Gründe angegeben und bei jedem hinzugefügt, ich hätte ihn in seiner Oberflächlichkeit nicht erkannt. Meine Redaktionsstube lasse ich so wenig als Geheimrat bezeichnen, wie er sein hiesiges Bureau (Gemeinde) hat. Daß er im Lande des Despotismus geboren ist, ist allein doch kein Beweis für Anständigkeit auf dem Gebiete der Viehzucht. (Zuruf bei den Sozialdem., große andauernde Lachen rechts.) Ich habe die Quellen zu allen meinen Behauptungen angegeben, aber als ich den Grafen Reventlow nach den Gründen für seine ganz ungläubigen Behauptungen über Amerika fragte, hat er geantwortet: Mein Freund David hat in seinem Buche nachgewiesen, daß Deutschlands Viehstand von 1838 im Jahre 1873 auf 23 im Jahre 1900 pro Hundert der Bevölkerung gesunken ist. Bei den Hauschlachtungen ist die Viehzucht nicht aufgeben; sie werden vom Staat gezeugt, in den Dienst zurückzuführen, wenn sie ihn verlassen haben, weil ihnen verdauliches Fleisch verweigert werden ist. (Große Lachen rechts.) Als Jenseit der Zeit alle meine Ausführungen kann ich den Grafen Posadowsky anführen. Die Regierung des Grafen Reventlow, die Schweinefleisch über uns setzen, ihre Tiere zu schlachten und an die Schlachthöfe zu verkaufen, erweist sich als die fruchtlose, verwerfliche Regierung von Deutschland, wenn sie bei jeder Gelegenheit einen Teil des Geldes verbraten, um die Partei hochzuhalten. (Hört, hört! h. d. Sog.) Das ist das traurigste Zeichen unserer ganzen kapitalistischen Wirtschaftsweise, daß man sich über den Hebel der Natur nicht freut, sondern im Ge-

blick auf den eigenen Geldbeutel als Produzent ärgert. (Große Unruhe rechts.) Auch gestern ist gegenüber dem Streben nach Ausschließung der ausländischen Konkurrenz die Volksgesundheit vollkommen in den Hintergrund getreten. Einige agrarische Zeitungen haben mir besondere Vorliebe für das ausländische Fleisch angedichtet. Mir macht es nichts, ob es ein deutsches oder ein ausländisches Schwein ist, die Hauptsache bleibt, daß das eingeführte Fleisch nur gesund ist. Welche Gefahr in der Befreiung der Hauschlachtungen von der Kontrolle liegt, beweist eine Mitteilung des Prof. Kubner, wonach im Jahre 1885 in Hadersleben durch ein einziges Schwein 377 Erkrankungen und 101 Todesfälle vorgekommen sind. Abg. Stauffer meinte, wir wollten die häusliche Bevölkerung des Südens gegen den Großgrundbesitz des Nordens erregen. Das wird der Bund der Landwirte schon selbst besorgen. Die kleinen Bauern werden immermehr erkennen, wie wenig ihre Interessen mit denen der Großgrundbesitzer solidarisch sind. Wir wollen die hygienischen Bestimmungen des Fleischbeschau-gesezes aufrechterhalten, verlangen aber die Befreiung aller der Maßnahmen, die der Volksgesundheit nur schaden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Gothein (FVg.): Mit der Sperrung der Grenzen aus rein hygienischen Gründen sind auch wir einverstanden, meist aber will man mit dieser Maßregel nur eine Steigerung der Fleischpreise erreichen. Die Kontingentierung der Schweinefleisch nach Oberschlesien hat die dortigen Schweinefleischpreise außerordentlich verteuert. Im Jahresbericht der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft für 1903 teilt Professor Lehmann-Görlingen mit, daß das deutsche Fleisch die Konkurrenz mit dem amerikanischen Corned beef nicht aushalten könne. (Hört, hört! links.) Der Fleischkonsum der inneren Bevölkerung hat stark abgenommen. Verbilligen Sie (nach rechts) die Fleischproduktion und schaffen Sie die Einfuhrzölle ab, damit auch die ärmere Bevölkerung an dem Fleischgenuß teilnehmen kann. (Weiterheit links.)

Hermes (FVp.): In seiner Anfrage hat Herr Sartorius, der sich zur Freisinnigen Volkspartei rechnet, hohe Zölle für frische ausländische Trauben verlangt. Er hat damit nicht die Anschauungen seiner Partei ausgedrückt.

Dr. Leonhardt (FVp.): Das Verbot der Einfuhr von Cornedbeef wird zur Folge haben, daß der Skorbut sich wieder unter den Mannschaften ausbreitet, der früher durch den Genuß deutschen Bäckfleischs hervorgerufen wurde. Redner wünscht des weiteren Einführung der fakultativen Feuerbestattung. Heute kann sich der unermittelte Mann nur begraben lassen. (Weiterheit.) Es müßte jedem möglich sein, nach seiner Façon bestattet zu werden. (Beifall links.)

Horn-Sachsen (SD.) befreit gegenüber den gestrigen Ausführungen des Grafen Kanitz, daß bei der mechanischen Glasbläse die Unfallgefahr von Schwindigkeit und Augenschlag geringer sei. Graf Kanitz meinte auch, er glaube nicht, daß Kinder unter 14 Jahren in Glasbläsen beschäftigt würden; nach den Gewerbeinspektionsberichten aber sind 79 solcher Fälle in 21 Glasbläsen festgestellt worden. (Hört, hört! h. d. Sog.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Maul- und Klauenseuche muß mit aller Energie bekämpft werden. Preußen hat mit seinem Vorgehen guten Erfolg erzielt. Zu weit gehende Maßnahmen von einzelnen Beamten lassen sich kaum vermeiden. Es ist davon gesprochen, daß vielfach Kunsthonig als Naturhonig verkauft wird. Wir haben noch keine chemische Analyse für Honig, es gibt sehr verschiedene Honigsorten. Sobald eine Analyse möglich sein wird, kann der Verkauf von Kunsthonig als Naturhonig schon nach den heutigen Gesetzen bestraft werden. Zur Änderung des Fleischbeschau-gesezes liegen noch nicht genügende Erfahrungen vor. Daß die Einfuhr von zubereitetem Fleisch zurückgegangen ist, ist richtig, aber dies braucht nicht unbedingt die Folge des Fleischbeschau-gesezes zu sein; es kann auch mit der Abnahme in Amerika zusammenhängen. Die Einfuhr der Feuerbestattung würde, wie ich glaube, großen Widerstand in den Gefühlen der Bevölkerung finden. Es ist ja jeder berechtigt zu testieren, daß er nach seinem Tode in der heiligen Flamme, wie die Alten glaubten, aufgelöst werde.

Dr. Lucas (ML.) hält in der Frage der Fleischbeschau der Hauschlachtungen eine reichsgesetzliche Regelung für notwendig.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Meines Wissens sind durch Polizeiverordnungen Kinder unter 14 Jahren von der Arbeit in Glasbläsen, soweit sie gefährlich ist, ausgeschlossen. Ihre Beschäftigung beschränkt sich vorzugsweise auf Verpacken. Schulpflichtige Kinder dürfen jedenfalls überhaupt nicht beschäftigt werden.

Freier Hegl zu Herrnsheim (ML.) weist auf die Bereinigung des Rheins durch Fäkalien hin. Leider habe seiner Zeit Herr Drosbach sich dafür ausgesprochen, daß Mannheim seine Fäkalien in den Rhein abführen dürfe.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Das Reichsgesundheitsamt hat nach eingehenden Untersuchungen festgestellt, daß die Abfuhr der Mannheimer Abwässer in den Rhein zu sanitären Bedenken durchaus keinen Anlaß bietet.

Hue (SD.): Vor 24 Jahren brach in Gelsenkirchen eine große Typhusepidemie infolge geradezu frivoler Verunreinigung des Trinkwassers aus. Noch heute ist die Ursache nicht gefallen, wer eigentlich die Schuld daran trägt, jedoch die Gefahr vorliegt, daß die Entschuldigungsansprüche der durch die Seuche geschädigten Bürger und Arbeiter verjähren. Der Oberbürgermeister von Gelsenkirchen versuchte auf dem Provinziallandtag von Westfalen die Wasserwerke rein zu waschen. Er ist selbst im Anführer dieses Wertes. Es fragt sich, ob derartige Anführerstellungen von Kommunalbeamten angezeigt sind. (Sehr richtig! bei den Sog.)

Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Köhler erwidert, daß die Ämter über diesen Fall bei den preussischen Behörden liegen; an diese hätten sich die Interessenten zu wenden.

Samy (FV.) protestiert gegen die Behauptung des Abg. Gothein, daß die Marineverwaltung minderwertiges Fleisch einbringe.

Singer (SD.) stellt gegenüber dem Abg. Hegl von Herrnsheim fest, daß der Abg. Drosbach seiner Zeit nur für seine Person und die Stadt Mannheim gesprochen habe. Die Fraktion habe für den Antrag Hegl gegen die Verunreinigung der Flüsse durch Fäkalien gestimmt.

Gothein (FVp.): Herr Samy gegenüber bemerkte ich, daß ich gerade gesagt habe, die Marineverwaltung kauft gutes amerikanisches Cornedbeef.

Damit schließt die Debatte.

Reventlow bemerkt

Graf Reventlow (U.): Herr Scheidemann hat sich in Bezug auf mich die Meinung erlaubt: Wenn Sie es eckig meinen, außerhalb dieses Hauses würde ich sagen: Das ist eine unehrliche Handlungswelt.

Herr Graf Hallekrem: Wegen dieses Ausdrucks muß ich Sie zur Ordnung, Herr Abg. Graf Reventlow, (Weiterheit.)

Scheidemann (SD.): Ich will nur bemerken, außerhalb des Hauses würde ich es ablehnen, mit dem Grafen Reventlow zu diskutieren. (Sehr gut! h. d. Soziald.)

Graf Reventlow (U.): Herr Scheidemann erwidere ich, daß ich mir heute keinen zweiten Ordnungsruf ausbitten möchte. (Große Weiterheit.)

Das Kapitel Gesundheitsamt wird bewilligt. Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. (Vorher 1. und 2. Lesung der Reichsschuldenordnung.)

Schluß 5<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

## Politische Standeshaan.

### Deutschland.

Mit einem Reichstagsstreik droht die „Kölnische Volkszeitung“ der Regierung, falls diese sich nicht endlich entschließt, der Diätenlosigkeit ein Ende zu machen. Das Zentrumblatt weist darauf hin, daß auch die Regierung unter den Wirkungen der Diätenlosigkeit leide, und sagt dann: „Da das aber immer noch nicht den gewünschten Einbruch zu machen scheint, so kommt es vielleicht noch einmal dahin, daß der infolge der Diätenlosigkeit arbeitsunfähige Reichstag die Vorlagen der Regierung einfach liegen läßt. Bei dem geeigneten Gegenstand versucht, würde dieser Reichstagsstreik die Regierung vielleicht von der Notwendigkeit der Diäten überzeugen. Solange bloß die Anträge und Wünsche des Reichstages unter der Diätenlosigkeit leiden, scheint sie sich nicht rühren lassen zu wollen.“ — Die Regierung wird sich freilich durch diese Drohung nicht zum Nachgeben bewegen lassen, weiß sie doch, daß das Zentrum, das sich viel zu sehr als „regierende Partei“ fühlt, nicht Ernst machen wird. Wenn die Reichstagsmehrheit wollte, hätte sie sich Diäten längst erzwingen können, ohne gerade zum Streik zu greifen. Aber der Wille muß vorhanden sein.

Es ist erreicht! Im preussischen Abgeordnetenhaus teilte Mittwoch Minister v. Bobbiel mit, daß noch in dieser Session ein Gesetzentwurf in der Frage des Kontraktbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter und Arbeitgeber vorgelegt werden solle. — Die Agrarier haben also so lange geschrien, bis sie ihren Willen durchgesetzt haben. Trotz alledem aber wird ihnen eine Anhebung der Landarbeiter nicht gelingen; höchstens wird die Landflucht nun erst recht an Umfang zunehmen.

Eine neue lex Heinze? In der Kommission des Reichstages wurde am Mittwoch durch eine Petition der Kreisynode Berlin eine lex Heinze — Erörterung herbeigeführt, die das Ergebnis hatte, daß die Petition auf Erlaß wirksamer Vorschriften zur Unterdrückung „schlechter“ Literatur und Kunstzeugnisse mit 13 gegen 10 Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und der Nationalliberalen Dr. Semler und Kraemer dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen wurde, d. h. er soll am Vorlegung einer neuen lex Heinze ersucht werden. Mit der Mehrheit stimmte auch der Abg. Rimpaun von den Nationalliberalen. Hat man an der expen Blamage noch nicht genug?

Ein Verfahren gegen Unbekannt ist, der „Königsberger Volksztg.“ zufolge, aus Anlaß der Reichstagsrede eingeleitet worden; die Genosse Haase am 19. Januar zur Begründung der Interpellation über das Verhalten russischer Polizeianten auf deutschem Gebiet im Reichstag gehalten hat. Haase wurde in voriger Woche als Zeuge vorgeladen, um zu bekunden, welcher Briefbot das Briefgeheimnis verlegt und wer unseren Genossen Nowagroski zur Ausstellung falscher Papiere zu bewegen versuchte. Haase lehnte es ab, den Denunzianten zu spielen.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte am Mittwoch die Beratung des Militäretats fort. Lebhaft wurde Beschwerde darüber geführt, daß schon für wenige Offiziere Kasinos gebaut worden seien. Kriegsminister v. Einem begrüßte den Bau von Kasinos, weil das Leben der Offiziere dadurch billiger gestaltet würde. In den Kasinos lebten die Offiziere weit billiger als im Hotel. Dem gegenüber wurde hervorgehoben, daß es mit der einfachen Ausstattung der Kasinos doch nicht allzu weit her sei. Ein Antrag des Zentrums — Abgeordneten Speck, Pläne, Kostenanschläge und Vereinbarungen über Kasinobauten dem Reichstag zur Prüfung und Beschlussfassung vorzulegen, wurde durch den Antrag ersetzt: „Von den Städten, in denen Kasinos zu vermietet werden sollen, zu streichen Bissa i. P., Schweidnitz, Saarbrücken und Zabern.“ Zu einer Abstimmung über diesen Antrag kam es aber am Mittwoch noch nicht.

Zur Änderung der Strafvollstreckung hat die Freisinnige Volkspartei im Reichstag eine Resolution zum Reichspräsidenten eingebracht, welche den Reichskanzler ersucht um Vorlage eines Gesetzentwurfs, durch welchen den wegen politischer Vergehen und wegen Preßvergehen in Untersuchungshaft oder in Strafhaft befindlichen Personen gestattet wird, sich während der Dauer der Untersuchungs- oder Strafhaft selbst zu belästigen und eine Tageszeitung zu halten, und durch welchen bestimmt wird, daß solche Personen nur mit Arbeiten beschäftigt werden dürfen, welche ihrem bisherigen Berufe und ihrem Bildungsgrade angemessen sind.

Zum Arztkonflikt in Köln wird von dort gemeldet: Die Vorstände sämtlicher Ortskrankenkassen wurden von der städtischen Behörde auf Mittwochnachmittag in das Rathaus beschieden, um sich dort zu den Verträgen, die die Regierung mit den Kölner Ärzten abgeschlossen hat, zu äußern. Die Vorstände haben indessen insgesamt beschlossen, der Aufforderung der Stadt keine Folge zu geben. Die Kassen halten an ihren kontraktlichen Verpflichtungen fest und betrachten die Verfügung der Regierung als nicht geltehen.

Zwei Stadtverordneten-Ersatzwahlen in Charlottenburg haben am Dienstag stattgefunden. Im 3. und 7. Bezirk hatten die beiden letztgewählten sozialdemokratischen Vertreter ihr Mandat wegen Doppelwahl niedergelegt. Im 7. Bezirk ist bei der Wahl am Dienstag den Liberalen der früher inehabte Sitz leider wieder zugefallen. Es erhielt der Genosse Stadtverordnete Wilhelm Müller 352 Stimmen, während der liberale Kandidat, Kaufmann Leopold Jolowberg mit 583 Stimmen gewählt wurde. Im 3. Bezirk wurde der Genosse Stadtverordnete Karl Jander mit 481 Stimmen gewählt. Auf den liberalen Gegenkandidaten, Kaufmann a. D.

Markwart, entfielen nur 92 Stimmen. Da Genosse Jander jedoch bereits Stadtverordneter ist, wird er die Wahl ablehnen und der Bezirk wird zum drittenmal zur Wahl scheitern müssen.

**Der Herero-Aufstand.** Von den Verstärkungen der Schutztruppe für Deutsch Südwestafrika, die Dienstag auf der „Darmstadt“ nach guter Fahrt in Swakopmund angekommen sind und die Dienstagnachmittag und in der Nacht ausgeschifft wurden, sollten Mittwoch früh bereits zwei Kompagnien und Geschütze mit der Eisenbahn nach Windhut abgehen. Andere Abteilungen sollen möglichst schnell nach den bedrohlichsten Punkten folgen. — Der frühere Gouverneur von Neuguinea, v. Bennigsen, veröffentlicht in der „Köln. Ztg.“ eine längere Darstellung des Hereroaufstandes. Er fordert, daß das Verbot der Schußwaffen strikte durchgeführt wird. Jeder Herero, der im Besitze von Schußwaffen besunden wird, müsse rückwärtslos kriegsrechtlich erschossen werden. Das gesamte westliche Hererogebiet sowie die Umgegend von der Kupferfundstätte von Ojoponjati müsse als Staatsgut eingezogen sowie die von den großen Gesellschaften an die Hererokapitäne zu zahlenden Vergabgaben zu Gunsten des Staates konfisziert werden. Herr von Bennigsen zeigt sich in diesen Ausführungen als einer jener kolonialen „Uebermenschen“, die die Eingeborenen als außerhalb jedes Rechtssphären stehend betrachten. Gegen eine koloniale Leitung, die nach derartigen Grundsätzen handelte, würden sich die Eingeborenen ständig empören.

**Kleine politische Nachrichten.** Der zwischen der Freisinnigen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei gerissene Draht ist wieder geknüpft worden; sie haben ihre gemeinsamen Fraktionsitzungen wieder aufgenommen. Mit andern Worten: die Volkspartei segelt also weiter im Nichterlichen Fahrwasser. — Unsere Parteigenossen in Berlin veranstalteten am 18. Februar in Berlin und Umgebung eine Reihe von Protestversammlungen gegen den Kosakenkurs in Deutschland. — Dem „Berl. Ztbl.“ zufolge wird demnächst wieder ein Landesverratsprozess das Reichsgericht beschäftigen. Der erste Strafentwurf habe jüngst über die Eröffnung des Hauptverfahrens Beschluß gefaßt. Es heißt, daß es sich um die Anklage gegen den Offizier Wessel handelt, der vor einigen Monaten bekanntlich in Italien verhaftet worden ist. — In industriellen Kreisen Deutschlands soll man abermals mit dem Plane der Gründung einer Streikversicherungsgesellschaft schwanger gehen. Der erste mißlungene Versuch sollte doch eigentlich vor weiteren ähnlichen Vorhaben abgesehen werden. — Der kürzlich vom Schwurgericht in Elberfeld von der Anklage, durch Mißhandlung den Tod des ampfähigen Schülers Buchta herbeigeführt zu haben, freigesprochene Oberlehrer Deditius in Barmen wurde von einer geheimen Stadtverordnetenversammlung auf seinen Antrag in den Ruhestand versetzt.

#### Italien.

**In dem Prozeß des Admirals Bettolo** gegen unsere Genossen Ferri und den Herausgeber des „Avanti“ wegen Verleumdung wurde Mittwoch nachmittags, nach 5tägiger Verhandlung, das Urteil gefällt. Ferri und der „Avanti“-Herausgeber wurden zu 14 Monaten Gefängnis und 1516 Lire Geldstrafe verurteilt. Ferri wird zweifellos die Kassation dieses monströsen Urteils beantragen.

#### Frankreich.

**Im Dienste des Katen.** Am Grabe Peter Sawroffs versammelten sich alljährlich am 6. Februar, dem Todestage des großen russischen Sozialisten, die in Paris lebenden Stufen aller sozialistischen Richtungen. Bisher verlief die Kundgebung stets ohne jede polizeiliche Störung. Diesmal aber erschien ein starkes polizeiliches Aufgebot, um die übliche kurze Ansprache zu verhindern. Einen Augenblick wurde sogar das Grab von den Polizisten umringt, die erst nach erfolgten Protesten wieder zurückgezogen wurden. Auf dem Rückwege nahm noch die Polizei die übliche vortouristische Zerstörung der Abzweiger in kleine Gruppen vor. Die Vergewaltigten veranstalteten sofort eine Protestversammlung, die in einer Resolution gegen die losatische Profanierung des Grabes im Dienste des Sozialismus protestierte. Zur Kenntnis des Herrn v. Richthofen sei jedoch hinzugefügt, daß die Pariser Polizei den französischen Sozialisten das Reden am Grabe der Kommunisten ebenfalls verbietet und daß ferner die Polizei des mit Rußland verbündeten Landes keinen einzigen Teilnehmer der Sawroffkundgebung verhaftet oder gar ausgewiesen hat. Aber freilich dürfen französische Verhältnisse nicht mit dem preussischen Maßstab gemessen werden.

### Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 11. Februar.

„Ueber die Rechte der Frau nach dem bürgerlichen Gesetzbuch“ sprach in einer Anfang 8. Mis. abgehaltenen Versammlung der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit der hiesige Amtsrichter Dr. Meyer. In dem Bericht über diesen Vortrag heißt es nun u. a.: „Scharf kritisierte er dann den Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die bei der Beratung des Entwurfes von G. H. H. hinsichtlich der Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Ehegatten über eheliche Angelegenheiten beantragt hatte, daß in allen ehelichen Dingen, in denen keine Einigung zwischen den Ehegatten erzielt werden könne, derjenige der Ehegatten den Ausschlag geben solle, der am meisten zu den aus dem ehelichen Zusammenleben erwachsenden Aufwendungen beitrage. Also der Geldbeutel, das Kapital, dem die Sozialisten den Kampf erklärt haben bis auf Messer, die sollten hier auf einmal die einzig und allein ausschlaggebenden sein. Erfreulicherweise habe der Antrag keine Beachtung gefunden.“

Anlässlich dieser Äußerung zogen wir sofort an zuhörer Stelle nähere Informationen über den vorerwähnten Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ein und wir erfuhr dann, daß der Vortragende hier etwas behauptet hat, was er absolut nicht beweisen kann. Der von ihm erwähnte Antrag hat nämlich folgenden Wortlaut:

§ 1337 zu fassen wie folgt: In allen das gemeinschaftliche Leben betreffenden Angelegenheiten sind beide Ehegatten gleichberechtigt. Bei Meinungsverschiedenheiten über den ehelichen Aufwand entscheidet derjenige Teil, aus dessen Vermögen die Ehekosten zum größten Teil bestritten werden. Jedoch darf die Entscheidung den anderen Gatten in seiner Erwerbstätigkeit nicht schädigen. Für die Wahl

eines Wohnortes gibt die Entscheidung desjenigen Ehegatten den Ausschlag, dessen Beruf für die Lebensführung der Familie maßgebend ist. — Ein Gatte ist nicht verpflichtet, der Entscheidung des anderen Teils Folge zu leisten, wenn diese Entscheidung sich als Mißbrauch des die Entscheidung treffenden Teils darstellt.“

Man braucht wohl gerade kein Amtsrichter zu sein, um bei einem Vergleich dieses Antrages mit den Ausführungen des Herrn Dr. Meyer sofort zu erkennen, daß der Antrag etwas ganz anderes besagt, als seitens des genannten Herrn behauptet worden ist. Zunächst hat der Vortragende die Gleichberechtigungsforderung nach dem Bericht vollständig unterschlagen. Sodann hat er behauptet, daß das Entscheidungsrecht in allen ehelichen Dingen nach dem Antrage unserer Fraktion demjenigen Ehegatten zustehen solle, der den größten Geldbeutel hat, während doch der Antrag klar und deutlich besagt, daß sich dieses Entscheidungsrecht nur auf die Meinungsverschiedenheiten über den ehelichen Aufwand erstrecken solle. Der sicherlich recht erhebliche Unterschied sowohl bezüglich des Wortlautes als auch der Tendenz dürfte jedem einleuchten.

Da hier nun von einem „falschen Jungenschlag“ à la Budde wohl nicht die Rede sein kann, so gibt es zur Erklärung dieser unrichtigen Behauptung des Herrn Dr. Meyer nur zwei Möglichkeiten: Entweder sagte derselbe, um der Sozialdemokratie ein auszuweichen zu können, bewußt die Unwahrheit, oder ihm ist der Antrag nicht bekannt gewesen. Da es sich hier um einen Amtsrichter, und nicht um nationalliberale Redakteure handelt, so nehmen wir die letztere Möglichkeit an. Dann aber können wir dem Herrn Amtsrichter nicht den Vorwurf ersparen, daß er mindestens sehr leichtfertig handelte, als er zunächst über einen Antrag sprach, der ihm gar nicht bekannt war, und dann im Anschluß hieran noch völlig unzutreffende Behauptungen aufstellte.

**Der Arbeiter = Radfahrer = Verein** erludt uns durch seinen Vorstand, mitzutheilen, daß der aus dem Verein ausgeschlossene G. Fedder nicht identisch ist mit Th. Fedder, Friedenstraße 27.

**Au die Arbeiterschaft Deutschlands.** Wie der hier nie gekannte Zugzug von Arbeitern aus allen Gauen Deutschlands beweist, ist die aller Menschlichkeit Hohn sprechende Werbearbeit des Arbeitgeber = Verbandes „Untermeier“ in den weitaus meisten Fällen von Erfolg. Derselbe sucht fortgesetzt in allen Teilen Deutschlands Arbeitskräfte nach den Arbeitsplätzen an der Untermeier, Bremen, Begeja, Bremerhaven, Geestemünde, Lehe usw. heranzuziehen, obgleich hier bereits eine sehr große Arbeitslosigkeit herrscht. Insbesondere werden gesucht: Schlosser, Maschinenbauer, Dreher, Kesselschmiede, Schmiede, Schiffbauer, Rieter, Formier, Gelbgießer, Kupferschmiede und Modellstecher. Im Monat Januar hat sich die Zahl der um Arbeit Nachsuchenden wieder bedeutend vermehrt, während die Arbeitsgelegenheit eine viel schlechtere geworden ist. Uebrigens traurig liegen die Verhältnisse an den übrigen Arbeitsplätzen der Untermeier. In ihrem eigenen Interesse warnen wir die Arbeiter allerorts, dem Liebeswerben des Arbeitgeberverbandes „Untermeier“ Gehör zu schenken und nach hier zu kommen, da es aussichtslos ist, hier sobald lohnende Beschäftigung zu finden, die Lebens- und Wohnungsverhältnisse am Plage aber die denkbar teuersten sind. Wir haben schon Protest- und Arbeitslosen = Versammlungen abgehalten. Weiter sind Eingaben an den Stadtrat von Bremerhaven, die Magistrate von Lehe und Geestemünde ergangen, die letzteren haben uns mit einer Antwort beglückt, die besagt, daß es nicht schön ist, zu dem Heer der Arbeitslosen immer neue Scharen heranzuziehen, erklären sich aber außer Stande, hier einzugreifen. Der Stadtrat von Bremerhaven, der Stadt, wo die Streikforenbüreaus domizilieren, hat bis jetzt überhaupt nicht geantwortet. Wir sehen also, daß von dieser Seite ein Einschreiten gegen die skandalöse Heranziehung der vielen Arbeitslosen nicht zu erwarten ist. Diefierhalb wenden wir uns im vorliegenden an sämtliche Gewerkschaftskartelle, Partei- und Gewerkschaftsblätter Deutschlands mit der dringenden Bitte um mögliche Verbreitung dieser Tatsachen. Die Vorstände der Gewerkschaftskartelle erwächtigen wir, sollten in nächster Zeit durch Inserate oder Plakate Arbeitskräfte vom Arbeitgeberverband nach hier gesucht werden, auf unsere Kosten im Inseratenteil einer geeigneten Zeitung die Arbeiterschaft vor einer Reise nach hier zu warnen. Das Gewerkschaftskartell Bremerhaven und Umgegend.

J. A.: Wilh. Angeloß, Lehe, Weserstraße 23.

**In die Erde** stürzte gestern Nachmittag gegen 5 1/2 Uhr unterhalb der Fischergrube eine junge Frau. In der Nähe weinende Hafenarbeiter entrieffen die Frau unter Zuhilfenahme des Rettungsballes dem nassen Element. Diefelbe erklärte, sie sei in einem Schwindelanfall ins Wasser gestürzt. In ihren durchnässten Kleidern begab sich dann die Frau nach ihrer auf Wilhelmshöhe belegenen Wohnung, nachdem sie zuvor den Ketterern ihren Dant abgestattet hatte.

**Aus dem Gerichtssaal.** Die Knechte M-i und M-r erbrachen in Gleichendorf den Koffer eines Knechtes, um hieraus gestohlene Pferdehaare wieder zu stehlen. Diese befanden sich jedoch in einem Regenmantel. Nachdem sie das ausfindig gemacht hatten, „pachteten“ sie diese und verkauften sie für 90 Pf. M-r erhielt als Mittäter eine Zigarre von M-i. Später erleichterte Lexterer dann den erbrochenen Koffer noch um verschiedene Kleidungsstücke. Darauf verlegte er das Feld seiner Tätigkeit nach Wobfeld bei Reinfeld, wo er zunächst freundliche Aufnahme bei dem ihm befreundeten Arbeiter G. fand. Diefem belohnte er nun die Gastfreundschaft dadurch, daß er ihm eine Uhr und aus einem verschlossenen Koffer mehrere Kleidungsstücke und eine Laterne stahl. Dann verduftete er. Das Gericht verurteilte den schon vorbestraften M-i zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis und M-r zu sechs Wochen Gefängnis. — Der Meiereigehilfe G. hat bei seinem Fortgange aus einer hiesigen Herberge ein Paar Schuhe mitgehen lassen. Einschließlich einer bereits erkannten 14tägigen Gefängnisstrafe erhielt er drei Monate 10 Tage Gefängnis unter Unterrechnung von 10 Tagen auf die Untersuchungshaft.

**Achtung, Zimmerer!** Ueber die Firma Aktien-gesellschaft für Holz- und Tiefbau, vorm. Gebr. Sellmann, (Wohnhofshau), ist die Sperre verhängt worden.

Infolge einer Kollision scheuten gestern Nachmittag die Pferde eines zweispännigen, dem Herrn Weberschwartzau gehörenden Fuhrwerks in der Holstenstraße. Das eine Tier kam schließlich zu Fall und wurde eine größere Strecke mitgeschleift, wodurch es erheblich verletzt wurde. Jedenfalls wird es geädert werden müssen.

**Der Sagen.** Der Saug- und Spülbagger, der beim Reparatur unterzogen wurde, ist nunmehr fertig und hat seine Tätigkeit bei Travemünde wieder aufgenommen.

**In dem Ruhestand** versetzt hat der Senat den Professor am Katharineum, L. W. S. Mollwo, am 1. April 1904.

**Handelsregister.** Am 10. Februar 1904 ist eingetragen die Firma Ludwig Rindt in Lübeck. Inhaber: L. Chr. R. Rindt, Kohlenhändler in Lübeck.

**Güterrechtsregister.** Am 8. Februar 1904 ist eingetragen, daß dem Arbeiter G. G. Rath in Lübeck durch Ehevertrag vom 18. Januar 1904 die Verwaltung und Nutznießung an dem Vermögen seiner Frau M. G. G. G. geb. Schäfer, ausgegliedert ist.

**Obesloe.** Zum Kirchenstreit. Am gestrigen Tage hat sich eine vom Kirchenkollegium gewählte Deputation nach Kiel begeben, um bei dem jetzigen Konfistorialpräsidenten auf Aufhebung der Verfügung, in Netwischdorf eine Pfarrstelle zu errichten, hinzuwirken. Man verspricht sich von diesem Schritt schon deshalb etwas, weil der bisherige Präsident, der Vater der Verfügung, einem neuen hat weichen müssen. Im Uebrigen kann die Wahl eines Pfarrers für diesen neuerrichteten Pfarrbezirk nicht erfolgen, weil der Kirchenvorstand die Aufstellung der Wählerliste ablehnt.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Aus der chemischen Fabrik von Möller u. Linfert in Hamburg sind 2000 Kilo Zinn gestohlen worden. Seit dieser Zeit ist der in der Fabrik beschäftigt gewesene Nachtwächter Dreier verschwunden. Er hat seine Familie in hilfloser Lage zurückgelassen. Jedenfalls ist er der Täter. — Ein schreckliches Verbrechen ist in der Nähe von Lütjenburg verübt worden. Der 24 Jahre alte Dienstknecht August Westphal, Sohn des in Lütjenburg wohnenden Maschinenbauers Johann Westphal, wurde auf der Blöner Chaufee ermordet aufgefunden. Die Leiche wies einen Messerschnitt in der linken Kopfseite auf; mit dem Gesicht lag der Tote in einer Wasserpfütze. Von dem Täter fehlt jede Spur. Es steht auch noch nicht mit Sicherheit fest, ob ein Raubmord vorliegt. — Weil er sich verschiedene Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen ließ, wurde der Gendarmereiwachtmeister Rens aus Wanderup nach einer Flenzburger Meldung verhaftet. — Die Leiche des im Oktober v. J. bei einer Bootfahrt auf dem Fläuer See verunglückten Postgehilfen Neber aus Rostock wurde von Fischern unweit der Badeanstalt aufgefunden.

**Hamburg.** Eine Beleidigungsklage, die ein allgemeines Interesse erwecken dürfte, gelangte Dienstag vor dem Schöffengericht zur Verhandlung, und zwar handelt es sich um eine Klage, die der Inhaber einer Leistenbruch-Heilanstalt in Hannover, Dr. Zimmermann, gegen den Vertrauensarzt der Hamburger Oberschulbehörde, Dr. Marr, erhoben hat. Im Sommer 1903 ließ sich im Auftrage der Oberschulbehörde ein Lehrer, der an einem Leistenbruch litt, von Dr. Marr untersuchen. Der leidende Lehrer war wütend, sich in die Anstalt des Dr. Z. zu begeben, um sich von seinem Leiden heilen zu lassen. Dr. Zimmermann inseriert in der Tagespresse, daß er Brüche ohne Operation durch subkutane Empfindungen heile. In bezug auf die operationslose Heilweise soll Dr. Marr zu dem Lehrer gesagt haben: „So etwas gibt es nicht! Haben Sie noch nichts von Kurpfuscherei gehört?“ Diefse Äußerungen brachte Dr. Z. in Erfahrung und sie bildeten die Grundlage der Beleidigung. Dr. Marr gab zu, ähnlich lautende Worte gebraucht zu haben; er habe sich aber nur gegen die Form der Reklame wenden wollen. In Hamburger Arztkreisen gelte eine solche Reklame als nicht fair und nach seiner Meinung sei eine solche des Arztesandes unwürdig. Eine wissenschaftliche Methode dürfe man nicht in der beliebigen Form in Blättern empfehlen. Eine solche Methode werde dadurch populär, daß man sie in der ärztlichen Fachpresse oder auf wissenschaftlichen Kongressen erörtere und den Kollegen zur Prüfung vorlege. Von Chirurgen sei die Methode des Dr. Z. nach eingehender Prüfung abgelehnt worden. Die vernommenen Sachverständigen bezeichnen die Methode des Dr. Z. als unsicher in ihren Erfolgen und als nicht unblutig. Das Gericht billigte dem Angeklagten zwar den Schutz des § 193 zu, verurteilte ihn aber trotzdem zu 10 Mk. Geldstrafe, weil er bei seiner Kritik das Maß der zulässigen Grenze überschritten habe.

**Kiel.** Zur Aufklärung der geheimnisvollen Ermordung der Ehefrau Schöne mann sind ihre Kleidungsstücke und die des verhafteten Oberkriegsmaaten Käding, die Blutspuren zeigten, sowie die Bettdecke, auf der sich ein blutiger Abdruck einer Hand befand, nach Berlin zur Untersuchung durch den Gerichtschemiker gesandt. Es soll festgestellt werden, ob das Blut dem Körper der Ermordeten entstammt.

**Rostock.** Ein prägender Gutsbesitzer zählt im lieben Lande Mecklenburg nicht zu den Seltenheiten, wohl aber gelingt es nicht oft, einen solchen vor das Forum des Gerichts zu bringen. Einem armen Teufel vor Arbeiter oder Knecht auf dem Lande, der von der „patriarchalischen“ Behandlung durch seinen „Herrn“ die „schlagendsten“ Beweise erhalten hat, fehlt oft außer den pfelmandigen Mitteln auch jene Portion Laikraft und Ausdauer, die dazu gehört, um solche prägenden Stützen des Staates der Justiz auszuantworten. Der Arbeiter Homa, der im Sommer vorigen Jahres beim Gutsbesitzer Graeber in Reddershof bei Lessin diente, hat es aber vermocht, einen Verprügelungsakt, bei dem er selbst das „Opfer“ sein damaliger „Herr“, der vorbenannte Gutsbesitzer Graeber, der aktive Teil war, zur strafrechtlichen Verfolgung und somit an die Öffentlichkeit zu bringen. Dem Landgericht zu Rostock lag es ob, als Berufungsinstanz aber folgenden empörenden Vorfall zu urteilen: Am 27. Juli v. J. war der Gutsbesitzer Graeber mit der Musterung seiner Pferde beschäftigt, als er von Homa, der stark betrunken war, um seine Entlassung angegangen wurde. Homa hatte seit der Reichstagswahl, bei der er aus seiner anti-konservativen Bestimmung nicht viel Fehl machte, seinem „Herrn“ nichts mehr recht machen zu können, weshalb er es für das Beste hielt, Reddershofs Staub von den Füßen zu schütteln. Graeber wies Homa aber wiederholt von sich und an seine Arbeit, welcher Aufforderung Homa aber nicht nachkam. Nun stieß Graeber den Homa zu Boden und schlug dann auf den wehrlos am Boden Liegenden ein. Graeber will hierbei nur die Peitsche, und als der Riemen abgeflogen, den Stiel derselben benutzt haben. Homa und der Zeuge Arbeiter Schnell jedoch erklärten, daß Graeber abwechselnd seinen „Eigenn“ und die Reitpeitsche gebraucht habe und daß er den Homa, sobald sich derselbe erhoben habe, wieder niedergelassen und von neuem geprügelt habe. Der ärztliche Sachverständige sagte über den Befund der Folgen jener Mißhandlung aus, daß er auf Rücken und Gesicht des Homa eine große Menge teils schmaler, teils breiter Blutunterläufer Striemen vorgefunden habe. Die Verletzungen, deren er etwa 15 gezählt hätte, da nicht edle Teile verletzt waren, nicht dauernd nachteilig gewirkt, doch sei Homa sicherlich mehrere Tage arbeitsunfähig gewesen. Nachdem Graeber den Homa so ausgerichtet hatte, wandte er sich an den Meier seines Gutes, Wähler, mit den Worten, er wolle einmal eine Adiktur mit Homa vornehmen und solle Wähler deshalb mit Homa nach der Meierei gehen. Dort solle er Homa sich entkleiden lassen und, falls dieser nicht gehorche, ihm die Kleider vom Leibe reißen. Auch des

Meiers Darstellung hat Graeber ihm weiter befohlen, einen Schlauch an die Wasserleitung der Meierei anzubringen, und erst, als Wöhler erklärte, solche Einrichtungen wären nicht vorhanden, habe ihm Graeber befohlen, den Homa mittels eines Eimers mit Wasser zu begießen. Homa hat aus Furcht, sonst noch mehr Prügel zu erhalten, sich zum Teil entkleidet und die Wassergrube über sich ergehen lassen. Wöhler war dem Befehle seines Gebieters nachgekommen aus Furcht, bei einer Gehorsamsverweigerung entlassen zu werden; weiter hatte er auch geglaubt, sein Herr und Gebieter würde für das, was er auszuführen anbefohlen, auch allein die Verantwortung zu tragen haben. Nach Beendigung der „Habituallur“ ist Homa auf sein Logis gebracht. Gefährlich für Leben und Gesundheit würde nach Aussage des Sachverständigen das Sturzbad nur gewesen sein, wenn der 10 Beggone nicht gestorben war. Gutsherr Graeber hat angeblich das Bad nur angeordnet in Befolgung um das fernere Wohlergehen des Homa; er erklärte, bestraft zu haben, daß Homa, der, wenn auch sonst ein fleißiger und ordentlicher Arbeiter, Quartalsstricker sei, auch noch während der nächsten Tage sich dem Trunke würde hingegen haben — wenn er die „Dauche“ nicht angeordnet hätte. Wegen des geschilderten Rohheitsaktes war auf Anzeig des Mißhandelten vor dem Schöffengericht in Leissin gegen den Gutsherr Graeber wegen gefährlicher Körperverletzung, sowie Anstiftung zur einfachen Körperverletzung und Beleidigung verhandelt. Er wurde unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu einer Geldstrafe von 200 Mk. verurteilt. Der Meier Wöhler war mit angeklagt worden und hatte wegen einfacher Körperverletzung und Beleidigung 20 Mk. Geldstrafe zuerkannt erhalten. Diese Milde des Urteils veranlaßte die Staatsanwaltschaft, Berufung einzulegen. Die Beurteilung fühlten sich beschwert durch die Härte des Urteils, durch die letzte Berufung ein. Nach der Beweisaufnahme vor dem Landgericht beantragte der Staatsanwalt gegen den bereits zumal wegen Körperverletzung verurteilten Graeber zwei Monate 14 Tage Gefängnis, gegen Wöhler, der nur aus Furcht vor seinem Herrn gehandelt habe, das in der ersten Instanz erkannte Strafmaß. Das Gericht erkannte gegen Graeber unter Annahme mildernder Umstände (1) auf — man höre und handle! — 350 Mark Geldstrafe. Bei Wöhler blieb es bei dem Urteil der ersten Instanz. — Die medienburgischen Gutsherrn haben wirklich alle Ursache, über dieses „harte“ Urteil erbost zu sein. Man bedenke: 350 Mk. Geldstrafe soll der Prügelheld für eine Mißhandlung zahlen, bei der dem Mißhandelten nicht einmal die Knochen im Leibe entzwei geschlagen worden sind. Das ist wirklich „unerhört“!

**Harzburg.** Groben Unfug sollten die Genossen Riedlinger und Kühle, sowie der Genosse Keilwiz als Vorsitzender des Wilhelmsburger Gewerkschaftskartells nach der Meinung des Staatsanwalts dadurch verübt haben, daß sie im „Volksblatt“ eine Mitteilung veröffentlichten des Inhalts, daß über die Kleinsche Bäckerei die Sperre verhängt sei. Das Amtsgericht hat aber die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, da es nicht der Meinung ist, daß — wie der Staatsanwalt behauptet — ein Vergehen gegen § 360, 11 St.-G.-B. vorliegt.

**Bremen.** Das lohnt sich wenigstens noch. Ueber das Vermögen der hiesigen Bankfirma Stephan Luermann u. Sohn ist der Konkurs eröffnet worden. Den Aktiven von etwa einer Million stehen, wie es heißt, Passiva von etwa sechs Millionen gegenüber. Beteiligt sind neben dem hiesigen hauptsächlich Newyork, London und Paris.

**Sekte Stadträten.**

**Breslau.** Tollmut. Im obererschlesischen Kreise Lublinig herrscht die Hundswut. Der „Schlef. Volksstg.“ zufolge sind 2 Personen bereits gestorben. 17 weitere gebilligte Personen mußten nach Berlin zur Behandlung transportiert werden.

**Braunschweig.** Schneesturm im Harz. Aus Lorchhaus wird gemeldet: Seit Dienstag wütet ein heftiger Schneesturm aus Südwest bei 1 Grad Kälte. Die Poststraße Braunlage-Harzburg ist stellenweise völlig verweht. Zahlreiche Telegraphendrähte sind abgebrochen. In den Wäldern ist viel Schaden angerichtet.

**Petersburg.** Ein ziemlich starkes Erdbeben wurde in St. Petersburg verspürt. Die Bevölkerung wurde durch starkes Schwanken der Häuser in panikartigen Zustand versetzt. Auch in Odessa wurden drei starke, kurz aufeinander folgende Erdstöße bemerkt. Der Hafen, in dem wegen der Kriegsvorbereitungen starke Tätigkeit herrscht, blieb unberührt. — Eisenbahnunglück. Bei Rielce entgleisten drei Wagen eines gemischten Zuges und stürzten von der Böschung herab. Fünf Passagiere wurden getötet, 30 schwer verletzt.

**Brüssel.** Eisenbahnraub. Sechs gutgekleidete Individuen, die Dienstag Abend mit dem nach Paris bestimmten Zuge um 7 Uhr 23 Min. von hier abfahren waren, drangen auf der Strecke zwischen Tubize und Braine-le-Comte mit dem Revolver in der Faust in das Abteil, in welchem sich die Wertbriefe befanden, festsetzten den wachhabenden Beamten und raubten alle Wert-

briefe. Die Räuber sprangen dann während der Fahrt aus dem Zuge. Mittwoch früh wurde ein Mann schwer verletzt auf dem Gleis liegend aufgefunden, der sich jedoch weigert, irgendwelche Auskunft zu geben.

**Saint Etienne.** Brand einer Kohlengrube. Dienstag Abend wurde eine Kohlengrube durch Feuer vollständig zerstört. Der Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt.

**Dran.** Kampf mit einer algerischen Räuberbande. Eine 200 Mann starke Räuberbande hatte in Beni-Ulif Kamele gestohlen. Ungefähr 50 Franzosen machten sich zu ihrer Verfolgung auf; gleich beim ersten Zusammenstoß wurden 40 der Räuber getötet; die Bande sammelte sich aber wieder, und es entspann sich ein heftiger Kampf, bei dem acht Franzosen fielen und neun verwundet wurden. Die Franzosen behielten trotzdem die Ueberhand und nahmen den Räubern die Kamele wieder ab.

**Toronto.** Eisenbahnunglück. Zwei Passagierzüge der Canadian Pacificbahn stießen morgens in der Nähe von Kennebec zusammen. Neun Personen wurden getötet und viele verletzt.

**Briefkasten.**

**Zwei Streitende.** Da bei dem Widerstreit der Interessen früher oder später notwendig Differenzen ergeben müßten, ist es immerhin ein mißlich Ding, wenn ein selbständiger Handwerker einem Verband angehört.

**Lübecker Marktpreise vom 10. Februar.**

Bauern-Butter Pfd. 1,10 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,25 Mk., Käse Stk. — Mk., Enten Stk. 3,00 Mk., Lühner Stk. 1,80 Mk., Hühner Stk. — Mk., Tauben Stk. 0,60 Mk., Gänse Pfd. — Pf., Fildgans 3 — Mk., Schweinskopf Pfd. 0,45 Mk., Schinken Pfd. 0,80 Mk., Würst Pfd. 1,15 Mk., Eier 8 Stk. 60 Pf., Kartoffeln 10 Liter 50 Pf., Karpfen Pfd. 0,90 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pf., Sechte Pfd. 70 Pf., Barische Pfd. 70 Pf., Mal Pfd. 0,90 Mk.

**Sternschanz-Viehmarkt.**

Hamburg, 10. Februar. Der Schweinehandel verlief flau. Zugesührt wurden 480 Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Versandtschweine, schwere 44—45 Mk., leichte 44—45 Mk., Sauen 40—44 Mk. und Ferkel 39—43 Mk. pro 100 Pfund.

In vermieten eine abgeschlossene Zweifamilienwohnung mit allem Zubehör in der Altendornstraße 30. Näheres

Altendornstraße 24. Mehrere der Neuzeit eingerichtete 3 Stuben-Wohnungen. Preis 210 Mk. Näheres Guelichenstraße 1, Barriere, links.

Eine Stuben-Schiebkarre zu kaufen gesucht. Weg. u. Fr. n. L. a. d. Erheb. Habelbank und Tischlerwerkzeug zu kaufen gesucht. Dornstraße 43a, 1.

Zwei Seebauer billig zu verkaufen. Altendornstraße 17.

Sozialdemokratisches Liederbuch. Preis 40 Pf. Preis 40 Pf. Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von Liebke & Otto Albers 10. sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. a.:

- Schnecken . . . 1,90—6,45
  - Wanzen . . . 2,60—6,75
  - Schnecken . . . 1,88—5,25
  - Wanzen . . . 0,88—2,25
  - Wanzen . . . 1,38—3,25
- kleine Jacken, Hosen und große, 1,23  
Kopfen, Frauen, Schürzen, Kleider, Schürzen,  
Wasser-Mantel, elegantisch billig  
Kägen von 30 Pf. bis 1,88 Mk.

Nummern zu lesen! Na. Schweinefleisch Pfd. 50 Pf. „ Sandfleisch — 60 — „ fett. u. mag. Speck — 60 — „ dicke Bipp. z. Füll. — 65 — „ dicke Fleisch — 60 —

W. Strohfeldt, Strohackerstraße 73, Westendstraße Nr. 14 und 15

Primo dicke Fleisch Pfd. 60 Pf. Schweinefleisch per Pfd. 50 Pf. Schinken . . . 65 — Geräucherter Schinken . . . 49 — Geräucherter Schinken . . . 60 — Geräucherter Schinken . . . 70 — Geräucherter Schinken . . . 60 — Schinken u. ger. Schinken . . . 60 — Schinken u. ger. Schinken . . . 50 — Primo Kuhfleisch . . . 50 — Erstes Kalbfleisch . . . 30 — Schweinefleisch . . . 10 —

Im Vereinhaus, Johannisstr. 50/52 Lager-Ordnung wird in der Besprechung be- kundet gemacht. Der Vorstand.

Achtung! Postdienerarbeiten! Mitglieder-Versammlung am Freitag den 12. Februar Abends 8 1/2 Uhr im Vereinhaus, Johannisstr. 50/52

Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Schwanzstr. Allee 84. Postadresse! für Jedermann! Norwegischer Hippodrom. Restaurant u. Reiparthalle u. B. Höhe. Tagl. geöff. 6 Uhr, Sonntag 4 Uhr. Treffpunkt fester Gesellschaft. Alles hoch und schön zu Hoff.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Photographisches Atelier Kartengrube 22 \* Gebr. Frank \* Kartengrube 22 neuerbautes Atelier im Garten empfiehlt sich zur Anfertigung aller photographischen Arbeiten. Feinste Ausführung bei billigsten Preisen.

Der Ausstoss von Paulshöher BOCK beginnt am Sonnabend den 13. Februar d. Js.



Grosse Auktion am Freitag den 12. Februar 1904 Nachmittags 2 1/2 Uhr 14 Hundestraße 14

Über: Möbeln, Waren aller Art, sowie 6 neue moderne Schränke, Ein- und Küchenschränke, Tische, Stühle, Kommoden, Spiegel u. sonstige Haus- und Küchengeräte, einen Posten große Gemälde-Kasten, Ferner 200 paar Herren-, Damen- und Kinder Schuhe und Stiefel, getragene Kleider, Hüte u. v. v. Gen. u.

J. C. B. Schmehl Auktionator und Exeutor

Achtung! Postdienerarbeiten! Mitglieder-Versammlung am Freitag den 12. Februar Abends 8 1/2 Uhr im Vereinhaus, Johannisstr. 50/52

Lager-Ordnung wird in der Besprechung be- kundet gemacht. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Lübecker Margarine-Fabrik „Hansa“ J. Schröder & Co. Rebenhoffstraße 7 Telephon Nr. 913 empfiehlt stets frische Margarine welche in den meisten Geschäften zu haben ist.

Sterbefälle „Die Vertrauliche“ Lübeck.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Schwedisches Brennholz empfiehlt billigst Th. Kruse Fernsprecher 1289. Untertrave 60.

Gr. Fastnachts-Öfen am Freitag den 12. Februar ds. Anfang Morgens 10 Uhr. Hierzu ladet ergebenst ein Glockengießer-Hans Fick. Straße 81.

Einladung zum =BALL= der Sterbefälle der früheren Städtischen Feuerweh

am Freitag den 12. Februar 1904 im Lokale des Herrn Borgwardt (Central-Hallen). Anfang 7 Uhr. Ende Morgens. Entree 60 Pf. Hierzu ladet freundlich ein Das Komitee.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

Die Karte wird für das Rechnungsjahr 1904 bereinigt durch die Vorstandsmitglieder: J. W. H. Drath als verwalternde P. J. D. Steen als Vorsitzender und P. H. O. Schäfer als Ersatzmann im Berechnungsjahre eines verwalternden Vorsitzers. Erbet., den 10. Februar 1904. Der Vorstand.

## Die gescheiterte „Wahlreform“ in Sachsen.

Es kann kein Zweifel mehr darüber bestehen: Der Versuch der sächsischen Regierung, eine Reform des Landtagswahlrechts herbeizuführen, um der tiefgehenden Unzufriedenheit auch großer nichtsozialdemokratischer Kreise zu begegnen, ist völlig gescheitert. Nach dem Ergebnis der Verhandlungen über die Denkschrift der Regierung in der Kammer, wo der Redner der konservativen Partei, die allein über eine Zweidrittelmehrheit verfügt, und auch der Redner der Nationalliberalen die Vorschläge der Regierung schäntweg ablehnten, muß es als ausgeschlossen gelten, daß in absehbarer Zeit, weder in dieser, noch in der nächsten Tagung des Landtages ein Gesetz zustande kommt, das den Absichten der Regierung entspricht.

Zweifelloos war es der Regierung Ernst mit ihren Vorschlägen in der Denkschrift, und man geht gewiß nicht fehl, wenn man annimmt, daß auch der König die Reform dringend wünscht. Hat er doch persönlich den Führer der konservativen gebeten, die Reform zu beschleunigen! Denn diese ist im rein partikularistischen und auch im dynastischen Interesse dringend geboten. Es ist der Regierung nicht entgangen und die Denkschrift betont das ganz besonders, wie unter dem gegenwärtigen Wahlrecht das Interesse des sächsischen Volkes an den rein sächsischen Angelegenheiten völlig geschwunden ist. Selbst jenseitig „patriotische“ Kreise haben sich an den Landtagswahlen gar nicht mehr beteiligt; das Interesse hat sich ganz auf den Reichstag konzentriert, wo ja auch von den Sozialdemokraten alle sächsischen Angelegenheiten zur Sprache gebracht werden! Daß seiner Zeit der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Dr. Fischer im Reichstag erklärte, er werde auf die Angriffe der Sozialdemokraten nicht mehr antworten, geschah bestimmt auf Anweisung der Regierung, die sich darüber ärgerte, daß alles das, was früher nur im Landtage verhandelt wurde, nun noch wirksamer im Reichstage tagelang erörtert wird. Dann kamen noch die Nationalliberalen und die Handelskammern, die eine Uebernahme der sächsischen Eisenbahnen durch das Reich oder wenigstens eine sächsisch-preussische Eisenbahngemeinschaft verlangten, die völlige Entfremdung zwischen Hof und dem noch „gutgefinnten“ Teil des sächsischen Volkes bei der Kronprinzessin Viktoria, und man wird verstehen, daß Regierung und Hof das Bestreben haben, das Volk wieder für die rein sächsischen Angelegenheiten zu interessieren, ihm wieder das sächsische „Vaterland“ angenehm erscheinen zu lassen. Dazu kommt, daß die Regierung zu ihrem Nachteil nun erfahren hat, daß die konservative Partei, nachdem sie unbeschränkte Herrin des Landes geworden ist, ihre gubernementale Mäxte völlig fallen ließ und ihre Kleinherrschaft auch die Regierung fühlen läßt!

Ganz besonders jetzt muß die sächsische Regierung es fühlen, wie machtlos sie ist. Schmeichelnd, demütig, bittend war die fast zweistündige Rede des Staatsministers von Meißel am vorletzten Mittwoch im Landtage. Er spendete den „Ständen“ ein Lob auf das andere, sie hätten ganz gewiß das Beste für das Land getan. Aber es sei doch eine Tatsache, daß 80 Proz. der Wähler zur Zeit ein „tatsächliches“ Wahlrecht nicht hätten, daß der größte Teil der Steuerzahler, die Arbeiter, ihren Willen bei der Wahl nicht zum Ausdruck bringen könnten. Ein nicht mißzuverstehendes Murren der Mehrheit der Kammer gab der Unzufriedenheit über diese feierlichen Ansichten des Staatsministers Ausdruck. Und Herr Pich, der Redner der Konservativen, erklärte mit starker Betonung unter dem Beifall seiner Freunde, es sei eine Beleidigung der Konservativen, wenn man sage, die Arbeiter seien in der Kammer nicht vertreten. Jeder von ihnen könne die Hand aufs Herz legen und von sich sagen, daß er ein Vertreter der Arbeiter wie der Gesamtheit sei. Einer Reform des Wahlrechts würden sie nur dann zustimmen, wenn sie eine „Besserung“ gegenüber dem bestehenden Gesetze bringe. Er behaupte aber, im Namen

seiner Partei erklären zu müssen, daß sie in den Vorschlägen der Regierung diese Besserung nicht finden könne. Den Sozialdemokraten wolle sie unter keinen Umständen den Zutritt in die Kammer verschaffen; er verleihe nicht, aus welchen Gründen die Regierung die „Gefahr“ wieder herbeizuführen wolle, der man durch das Gesetz von 1896 entgangen sei. Wozu die Konservativen bereit wären, das wäre vielleicht, daß man im Rahmen des bestehenden Gesetzes das Bildungsmoment berücksichtige. Unter „Besserung“ verstehen die Konservativen also noch eine Verschlechterung!

Auch die Nationalliberalen lehnten die Regierungsvorschläge schänt ab. Diese gingen ihnen „zu weit“. Sie würden keinem Gesetze zustimmen, das der Sozialdemokratie einen Einfluß verschaffe. Sie wären für ein Pluralwahlrecht mit großer Abstufung, aber sie wüßten selbst noch nicht, wie dieses zu gestalten sei. Die Regierung solle noch Erhebungen über das Pluralwahlrecht veranstalten und deren Resultat dem Landtage zugehen lassen. Ein konservativer Redner verlangte ein Pluralwahlrecht, bei dem Alter, Besitz, Bildung, Ehren-, Staats- und Gemeindeämter Berücksichtigung fänden, ein „liberaler“ ein gleiches Wahlrecht mit hohem Zensus, und der einzige Freisinnige das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Klassenwahlrecht, Pluralwahlrecht in verschiedenen Arten, Zensuswahlrecht, Berufsvertretung, gleiches Wahlrecht — alles fand seine Vertreter, alle aber wollten sie „kaufeln“, daß die Sozialdemokratie nicht mehr in den Landtag kommt. Und dabei beherrschte die Sozialdemokratie die ganzen Verhandlungen, ohne daß sie auch nur einen einzigen Vertreter im Landtage sitzen hat! Mit der Sozialdemokratie gingen alle Redner an, mit ihr hörten sie alle auf. Denn die zu löbende Preisfrage lautete ja: wie können wir die große Erbitterung im sächsischen Volk beseitigen, ohne der Sozialdemokratie Zugang zum Landtage zu schaffen? Niemand vermochte diese Frage zu lösen und ihrem Schmerz darüber gaben sie deshalb in einem öden Geschimpfe auf die Sozialdemokratie Ausdruck. Und wenn unser Landtagswahlrecht noch zehnmal mehr Beschränkungen enthielt, rief der Redner der Konservativen unter dem lauten Beifall der Kammer, so wäre das Unrecht nicht so groß als die Tatsache, daß Sachsen im Reichstage nur durch Sozialdemokraten vertreten ist! Leider, leider, mußte er ferner zugestehen, schenke das sächsische Volk zum größten Teil sein Vertrauen den Sozialdemokraten. Aber solchen Leuten dürfe man nicht entgegenkommen, die müsse man — zu befehlen suchen!

So ist die „Reform“ ins Wasser gefallen. Das heißt, sie ist zwar an die Gesetzgebungsdeputation verwiesen, aber ob sie nochmals das Licht des Landtages erblicken wird, ist zweifelhaft. Man müsse sich Zeit nehmen, und wenn es Jahre lang dauere, meinte ein konservativer Redner. Die Sache eile gar nicht! Aber wenn die sächsischen Kleinchen-Politiker auch noch so lange darüber nachdenken, sie werden das Preisrästel nicht lösen, dem Volke eine „tatsächliche“ Vertretung zu schaffen, ohne den Sozialdemokraten wieder den Zutritt zum Landtage zu ermöglichen. Und der Herr Staatsminister hat selbst seine „feste Ueberzeugung“ ausgesprochen, daß die Frage der Wahlreform nicht von der öffentlichen Diskussion verschwinden werde, bis sie durchgeführt sei. Daß diese Ueberzeugung des Herrn v. Meißel sich als richtig erweise, dafür werden die Sozialdemokraten schon sorgen!

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohabewegungen.** Vor dem Kölner Gewerbegericht wurden am Sonnabend die Differenzen zwischen Arbeiter- und Unternehmer-Organisationen im Schneidergewerbe beigelegt. — Die Amsterdamer Arbeitgebervereinigung des Diamantfaches hat Montag Abend in einer geschlossenen Versammlung be-

schlossen, ihre Forderung auf Einstellung von 750 Lehrlingen ausreicht zu erhalten und die Bedingungen der Arbeiter auf Einführung einer 54stündigen Arbeitswoche zu verwerfen. Trotzdem glaubt man immer noch an eine friedliche Beilegung des Konflikts, da die Arbeitgeber in verblühter Form der Organisation die Kontrolle über die Lehrlingszulassung zugegeben.

**Die ersten Versammlungen nach Aufhebung** des Belagerungszustandes fanden Dienstag Abend in Krimmitschau statt. Der Vorsitzende der Generalkommission, Genosse C. Regien, und der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes, Genosse Hübsch, sprachen über das Thema: „Besteht für die Arbeiter in Krimmitschau das Koalitionsrecht?“

**Ein Sängerkreis in Nachen.** Im Nacher Stadttheater kam es jüngst zu einem Streik der Chorsänger. Die Direktion des Theaters veranstaltet von Nachen aus auch Kunstfahrten in benachbarte Orte, für die natürlich dem Personal eine besondere Entschädigung gezahlt werden muß, da dasselbe in solchen Fällen auch besondere Auslagen hat, seine Mahlzeiten in Wirtschaften nehmen, eventuell auch Logiskosten bezahlen muß usw. Die Höhe dieser Entschädigung war indes nicht vorgeesehen. In einem Falle zahlte die Direktion dem Chorporsonal Diäten von 3 50 Mk für die Fahrt nach W.-Glabbach, womit die Leute jedoch nicht zurecht kamen. Bei einem zweiten Absteher nach Krefeld verlangten sie 5 Mk. pro Person, und nun kam es zu dem Streik, den wir, um jedem Vorwurf der Parteilichkeit von vornherein vorzubeugen, nach dem Briefe eines Vertreters der Direktion an die „Allgemeine Deutsche Chorverbandszeitung“ schildern wollen. Es heißt in demselben: „Am Tage des Abstiegers kam ein Schreiben, daß sich die Chordamen und -Herren (mit einigen Ausnahmen) weigern, nach Krefeld zu fahren, falls sie nicht sofort gleichzeitig mit der Fahrkarte die Diäten von 5 Mk. ausbezahlt bekommen. Selbstverständlich tat der Herr Direktor dies nicht. Nachmittags 2 Uhr 18 war die Abfahrt nach Krefeld, die Chorsänger hatten sich in einem Wirtschaften in der Nähe des Bahnhofs versammelt und ließen nochmal Herrn Direktor, welcher am Bahnhofe war, sagen, er solle in das Wirtschaften sofort die beanspruchten 5 Mk. und die Fahrkarte jedem schicken, was Herr Direktor selbstverständlich wieder nicht tat und kein Direktor der Welt getan hätte. Die Abfahrt erfolgte schließlich ohne die nun offiziell streikenden Damen und Herren vom Chor. Unter Führung des Herrn Escosa begab sich eine Deputation zu Herrn Bürgermeister, welcher dieselben abweislich beschied.“ — Das „Selbstverständlich“ in der Ablehnung jeder Forderung ist köstlich. Auch die Herren Kunstindustriellen, die sich Theater-Direktoren nennen, handeln nach dem berühmten Unternehmenswort vom „Herr im Hause sein.“ — Dabei verdient Herr Direktor Schroetter nach der „Chorverbandszeitung“ mit diesen Abstehern in einer Saison ca. 16000 Mark! Ueberzogen fanden sich auch in diesem Falle Streikbrecher. Vier Herren und drei Damen vom Düsseldorf Stadttheater bildeten an Stelle der streikenden Nacher Künstler den Chor im „Heimchen am Herd“.

**Die Ausbreitung der Tarifgemeinschaften** nimmt ihren erfreulichen Fortgang, nachdem der Verband der Buchdrucker bahnbrechend vorangegangen ist. So ist die „Soz. Praxis“ in der Lage, mitzutheilen, daß in der Zeit von Anfang April bis Ende Dezember v. J. 295 Korporativverträge abgeschlossen worden sind. Zwei davon betreffen sich auf das ganze Reichgebiet aus, derjenige der Chemigrafen und derjenigen der Buchdrucker, und einer, des Buchbindergewerbes betreffend, erstreckt sich über drei Städte. Die übrigen Abmachungen haben nur örtliche Gültigkeit. Auf die einzelnen Gewerbezweige verteilen sich die Tarife wie folgt: Baugewerbe 117, Bierbrauerei 41, Metallindustrie 23, Töpfergewerbe (Ofenfabrikation) 21, Transportgewerbe 16, Stukkaturgewerbe 12, Holzindustrie 11, Lederindustrie 10, Steinbearbeitung (Steinmetzen und Schleifer) 7, Buchbinderer-

nicht heraufkommen sollen — ich hatte mir ja nichts böses dabei gedacht.“

„Ich weiß es, ich weiß es,“ rief Käthchen rasch, „und ich bin Ihnen für diesen Besuch recht von Herzen dankbar!“

„Gut denn, hier haben Sie meine Hand, Käthchen. Ich sage freilich nicht auf Nimmerwiedersehen, denn es würde mir zu weh tun, gar nichts wieder von Ihnen zu hören, aber ich werde Ihre Wohnung nicht wieder, ausgenommen in Damengesellschaft — den Vorbehalt müssen Sie mir gestatten — betreten.“

„In Damengesellschaft, Herr von Solberg?“

„Ich meine, nicht allein oder mit einem andern Herrn — es ist nur eine Klausel, Käthchen —, aber in dem Sinne, wie Sie es verlangt haben, soll Ihre Bitte vollständig und ohne Hintergedanken erfüllt werden; befriedigt Sie das?“

„Ja, Herr von Solberg, vollkommen.“

„Und nun leben Sie wohl, mein liebes, gutes Käthchen, und seien Sie fest versichert, daß die Erinnerung an unsere Jugendzeit und an die Tage und Jahre, die wir dort zusammen verlebten, noch zu den schönsten gehört, die ich im Herzen trage — und die hat mich auch besonders herüber und zurück geführt in die Heimat. Ich glaubte, ich fände Alles so wieder, wie ich es verlassen, und siehe erst jetzt, wie ich mich getäuscht. Es ist Alles anders geworden, aber nichts besser, und die Leute haben Recht, die da behaupten, der Mensch bekäme nur einmal das Heimweh und dann nie mehr im Leben. Ich glaube, wenn ich jetzt wieder zurück nach dem Stillen Meere gehe, sehe ich mich nie zum zweiten Mal zurück in's liebe deutsche Vaterland.“

„Sie haben Ihre Eltern...“

„Ja, und trotzdem — aber leben Sie wohl, Käthchen, ich sehe, daß Ihnen meine Gegenwart peinlich ist; das darf nicht sein.“

„Herr Baron, Sie sind mir böse geworden...?“

„Ich Ihnen, Käthchen? Nein, bei Gott nicht, und ich wollte nur, daß ich es Ihnen beweisen könnte! Aber was

## Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

51. Fortsetzung.

„Und soll ich ein Vorrecht vor andern meines Gleichen haben?“ sagte Käthchen ernst. „Ja, ich muß arbeiten, Herr von Solberg, aber wenn Sie das Gefühl kennen, sich selbst zu erhalten und ehrlich, keinem Menschen für Hilfe zu Dank verpflichtet, durchs Leben zu bringen, Sie würden mich wahrlich nicht bedauern.“

„Ich kenn' es, Käthchen, ich kenn' es,“ rief Hans bewegt, „und ich kann begreifen, wie sich ein starker Geist davon gehoben fühlt! Aber trotzdem,“ setzte er leiser hinzu, „ist es mir ein bitteres Gefühl, daß ich Sie gerade darauf angewiesen sehe. Daß Sie es können, haben Sie gezeigt, aber, liebes Käthchen, zürnen Sie mir nicht, wenn ich die Frage an Sie richte — denken Sie, daß Ihr Bruder zu Ihnen spricht —, sollte es nicht ein Mittel geben, Ihnen Ihre Anstrengungen etwas zu erleichtern, ohne daß Sie das Geringste an Ihrem Wert verlieren? Haben Sie noch ein klein wenig Vertrauen zu mir, noch eine Spur von der alten geschwisterlichen Liebe, so sagen Sie mir frei und offen, wie ich Ihnen hier gegenüberstehe: kann ich Ihnen in irgend etwas helfen, und sind Sie nicht zu stolz, meine Hilfe anzunehmen?“

Käthchens Antlitz hatte sich bei diesen Worten wieder mit Rötlichkeit gefärbt. Es war, als ob sie hastig darauf erwidern wollte; aber wie sie dem jungen Manne in das ehrliche, treue Auge sah, hielt sie inne, und merkte leiser Stimme sagte sie: „Ich glaube, daß Sie es gut mit mir meinen, Herr von Solberg; ja, ich bin es fest überzeugt, und wenn von irgend einem Menschen auf der Welt, so würde ich Hilfe von Ihnen annehmen — wenn ich eben deren bedürfte. Das ist aber nicht der Fall. Sie sind im Irrtum, wenn Sie glauben, daß mich irgend welche Sorgen

quälten oder gar der Mangel bei mir eingekehrt sei; ja,“ setzte sie mit einem freilich erzwungenen Lächeln hinzu, „ich habe sogar schon so viel über das verdient, was ich zum Leben brauche, daß ich in allerhöchster Zeit imstande sein werde, mir eine gute Nähmaschine anzuschaffen, und wer sich solche Ausgaben erlauben darf, ist sicher nicht in Not.“

„Darf ich Ihnen eine Nähmaschine schenken, Käthchen?“ bat Hans, „machen Sie mir die Freude —“

Das junge Mädchen schüttelte mit dem Kopfe. „Nein,“ sagte sie, „das geht nicht, und ich darf es nicht annehmen. Aber eine Bitte habe ich doch an Sie — wenn Sie mir deshalb nicht zürnen wollen —“

„Was ist es, Käthchen?“ rief Hans rasch. „Sprechen Sie es frei heraus! Sie glauben nicht, wie glücklich Sie mich damit machen!“

„Sie dürfen mich aber auch nicht mißverstehen,“ sagte das junge Mädchen leise. „Ich kann Ihnen nicht sagen, wie ich mich freue, Sie wiedergesehen zu haben. Es ist nicht allein eine Erinnerung aus alten, lieben Zeiten, nein, es ist mehr, es beweist mir, daß Sie das Kind nicht ganz vergessen haben, das damals in Ihren Kreisen weilen durfte. Weiter dürfen wir aber nicht gehen, und die Bitte, die ich an Sie richte, Herr Baron, ist die, daß Sie nicht wieder hier herauf in meine Stube kommen.“

„Käthchen!“ rief Hans wirklich erschreckt.

„Ich habe nichts auf der Gotteswelt, als meinen guten Namen,“ fuhr das junge Mädchen mit leiser Stimme fort, „und die Beweise sind mir aufgedrungen worden, daß die Menschen nun einmal immer gleich das Schlimmste von ihren Nebenmenschen denken. Tun Sie mir die Liebe, Herr von Solberg —“

Es war das Letzte gewesen, was ich gewünscht hätte, das Sie von mir erbäten,“ sagte Hans wehmütig, „aber ich fühle auch, daß Sie Recht haben, und ich hätte vielleicht gar

6, Schneider 5, Dachdeckerei 4, Pflasterergewerbe 3, Textil-, Schuhmacher-, Kürschner-, Maler-, Glaser-, Gärtner- und Konditorergewerbe je 6 und schließlich Chemigraphen-, Lichtdruck-, Sattler-, Schriftdrucker- und Handschuhmachergewerbe je 1.

**Der Arbeitswilligensatz in Breslau.** In Breslau nimmt der Arbeitswilligensatz nachgerade soviel richtiger Arbeiterschaft in Anspruch, daß man wohl bei Gelegenheit beim Justizetat im preussischen Landtage, eine besondere Strafkammer für Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung beantragen dürfte. Am Mittwoch voriger Woche stand der Maurer Meumann vor der Strafkammer, der gemeinsam mit dem zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilten Machate Arbeitswillige befristet haben soll und zum Zwecke seiner Aburteilung vom Militärdienst auf ein Jahr suspendiert ist. Die Verhandlung mußte jedoch vertagt werden, weil ein wichtiger Zeuge erkrankt war. Am Donnerstag mußte sich der Tischler Kornecki wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und wegen Beleidigung verantworten. Doch gelang es so wenig, Koalitionsschwanz nachzuweisen, daß selbst der Staatsanwalt die Anklage fallen ließ. Nur wegen Beleidigung wurde Kornecki zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Am Montag dieser Woche standen wiederum zwei Maurer vor der dritten Strafkammer als Berufungsinstanz. Beide waren vom Schöffengericht freigesprochen worden, doch beide Male hatte der Staatsanwalt sich nicht beruhigt, sondern auch noch die höhere Instanz angerufen. Der Verbandsmaurer Bartisch hatte im Sommer 1902 auf einem größeren Umbau mit dem Maurer Sobisch, der nicht dem Verbaude angehört, zusammen gearbeitet. Dabei sprach Sobisch den Bartisch derart mit Kaltwasser, daß der Betroffene eine gehörige Portion ins Auge bekam. Darüber kam es zu einem Wortwechsel und in weiterer Verlaufe zu einem Ueberfall, den Sobisch hinterwärts gegen Bartisch ins Werk setzte. Bartisch wurde zu Boden geworfen und von dem Sobisch so geprügelt, daß er mehrere Tage arbeitsunfähig war und längere Zeit in ärztlicher Behandlung zubringen mußte. Bartisch stellte nun Strafantrag gegen Sobisch, jedoch wurde der Spieß umgedreht und gegen den mißhandelten Bartisch das Verfahren wegen — Koalitionsschwanz eingeleitet. Das Schöffengericht hatte auf Grund der Aussagen unbeteiligter Zeugen festgestellt, daß der ganze Streit mit Verbandsangelegenheiten absolut nichts zu tun hatte. Die Strafkammer kam zu demselben Resultat und verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft, die zwei Monate Gefängnis beantragt hatte. Gegen den prügelnden Arbeitswilligen ist bisher ein Verfahren nicht eingeleitet worden. In Arbeitswilligen, die auf einen gesperrten Bau gingen, sollte der Maurer Franz gesagt haben: „Geht nur hin! Das Weitere werdet Ihr ja sehen!“ Das Schöffengericht hatte für nicht erwiesen erachtet, daß Franz diese Aeußerung getan. Die Strafkammer hielt die Persönlichkeit des Franz für ausreichend festgestellt und verurteilte ihn wegen der obigen Aeußerung zu — zwei Monaten Gefängnis. Bemerkenswert ist, daß Franz gar nicht als Streikposten tätig und an dem gesperrten Bau auch in keiner Weise persönlich interessiert war. Er bestritt auch mit Entschiedenheit mit den Arbeitswilligen ein derartiges Gespräch zu haben. Der Staatsanwalt hatte nur einen Monat Gefängnis beantragt. In den nächsten Wochen folgt noch eine ganze Reihe von Verhandlungsterminen gegen organisierte Arbeiter.

**Eine lebhafteste Agitation zur Heranziehung neuer Mitglieder** wird beim Beginn des Frühjahrs vom Zentralverband der Maurer Deutschlands in allen Bezirken entfaltet werden. In diesem Zwecke soll in der Zeit vom 1. bis 15. März unter den nichtorganisierten Maurern und Bergarbeitern eine Broschüre verteilt werden, die die Vorteile der Organisation aneignen lehrt. Den Vorständen der Zweigvereine liegt zunächst die Aufgabe ob, die Adressen der nichtorganisierten Kollegen zu ermitteln und später für eine sorgfältige Ausweisung der Mitglieder und Broschüren Sorge zu tragen. Neben der Hauszitation soll aber auch die Agitation auf Baustellen in verschiedenster Weise angewandt werden; insbesondere werden die Arbeiter aufgefordert, überall Bewandlung zu wählen, die die Interessen der Bauarbeiter wahrnehmen und mit den Verbandsbeamten in freiem Verkehr bleiben. Auch die Aufnahmekommissionen sollen erlichtert werden.

„Verstehen Sie mir — das ist die Mühe, die ich an Sie mache — wenn Sie jemals eines Menschen Hilfe brauchen, dann wenden Sie sich doch an mich — wie an einen Bruder. Wollen Sie das?“  
„Ja, Herr Bauer,“ sagte Schöcher demot, indem sie ihre Hand in die Seine legte, „ich verpöche Ihnen das.“  
„Schön, das ist mir wenigstens eine Beruhigung — und nun, mein liebes Schöcherchen, auf Wiedersehen!“  
Er brühte ihr herzlich die Hand, die er noch in der seinen hielt, und verließ dann ruhig die Stube, um sich jetzt die etwas sehr heiße Tasse wieder hinsetzen zu lassen.  
„Warten bei Ringelsteins Glas es haben nicht so rasch zu wie in dem stillen Stübchen der ersten Etage.“  
Das Apartment hatte jetzt Morgen im Hofe der Sammelstube wie aller Soldat, die Aufzüge waren zu haben glauben, gepöht und bewacht werden, und der Obersteintent war deshalb wieder in die Wohnung der Verstorbenen gegangen, um dem wichtigen Akt als nächster Bewachter beizutreten. Die Zimmer hinter ließ er offen, aber in welcher Spannung und Erwartung lag sie dort, und mit fast unwillkürlicher Angst betrachtete sie nach der Klingel, ob denn der Bauer, der ihrer Meinung nach so lang nicht kam, noch nicht erschienen.  
Die drei Damen waren in ihrer Toilette. Schon bei der Begrüßung der Leute, deren Song sie in einer großen Gleichzeitigkeit jünger, hatten sie die neuen Arbeiter ruhig gelacht — die Stadt war nicht hoch, daß sie die Tod der neuen Arbeiter nicht freudig —, und wie sie nicht waren die neuen Arbeiter geworden, und wie sie sich das Schöne, das wieder zum ersten Mal der beiden jungen Damen! Henriette hatte sich noch nicht für die neuen Arbeiter interessiert. Und der Bauer kam noch immer nicht — konnte denn irgend etwas vorgefallen sein, was die Erregung des Apartments vermindert hätte? Es lag sich das doch nicht gut denken. Schöcher in den Ober-

**30 000 Arbeitslose in Wien.** In einer in Wien abgehaltenen, von über 2000 Personen besuchten Arbeitslosenversammlung stellte der Referent, Genosse Abg. Schumacher, fest, daß es derzeit in Wien mehr als 30 000 Arbeitslose gibt. Der Redner führte unter stürmischem Beifall aus, man müsse von der Regierung energisch die Arbeitslosenversicherung fordern.

**Der Wahlverein im fünften Berliner Wahlkreis** hat fast einstimmig in einer stark besuchten Versammlung den Antrag angenommen, daß die Haltung der Fraktion zu dem Herero-Aufstand nicht zu billigen sei. Sie hätte die Forderung der Regierung rundweg ablehnen müssen.

**Genosse Richard Wagner**, verantwortlicher Redakteur unseres Leipziger Parteiorgans, ist zur mündlichen Verhandlung über die von ihm gegen das bekannte Urteil der Disziplinarkammer zu Kassel eingelegte Berufung auf den 22. Februar, vormittags 9 Uhr, vor den Disziplinardienst des Reichsgerichts geladen worden. Nach der Mitteilung des Vorgeladenen im Vorladungsschreiben des Oberreichsanwalts wird Wagner immer noch als aktiver Reichsbeamter betrachtet. Wir können also das Paradoxum konstatieren, daß ein sozialdemokratisches Blatt von einem kaiserlichen Oberpostpraktikanten verantwortlich gezeichnet wird.

**Zur Herero-Angellegenheit** äußerte sich Genosse Nebel in einer Versammlung in Würzen, wo er über die politische Lage sprach. Die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet über diesen Teil der Ausführungen Nebels: „Die bürgerlichen Blätter hätten es als eine Schande hingestellt, wenn die Sozialdemokraten sich im Reichstage der Abstimmung über die Geldförderung der Regierung zur Ablehnung der Aufständischen enthalten hätten. Die Fraktion hätte das aber mehr in Unwissenheit der wirklichen Lage in Afrika getan. Nachdem wir aber jetzt die Zustände dort genau kennen, wird die nächste Abstimmung ganz anders werden. Wir haben keine Neigung, fremdes Eigentum zu vernichten. Das Land, das die Aufständischen verteidigen, ist ihr Land. Wenn sie sich weigern, es herzugeben, ist es ihr Recht. Wir wären Schurke, wenn wir uns Deutschland nehmen lassen wollten.“

### Aus Mag und Fern.

**Er konnte nicht mehr.** Am 15. Januar hatte der Hauptmann der dritten Kompanie des 88. Infanterie-Regiments zwei Musketiere, einen Rekruten namens Franz Holz, und einen „alten Mann“ mit einer Stunde Nachgarnieren bestraft. Um 12 Uhr mußten die beiden Leute wieder antreten und unter dem Befehl eines Unteroffiziers (erzierter). Nach den Bekundungen der beiden Leute kamen sie während der Stunde nur zweimal rühren, mußten sehr oft Laufschrift machen und insbesondere latend gargarieren, wobei fortwährend Auf! und Nieder! in rascher Folge befohlen wurde. Am Schluß der Übung hatten sie noch einmal Laufschrift zu machen. Der Rekrut Holz, der an dem Tage zum ersten Mal den Loraster trug, ließ den Kopf hängen, und wurde deshalb von dem Vorgesetzten, der die Übung beaufsichtigte, zweimal zurückgeschickt. Beim zweiten Mal ließ er das Gewehr fallen und sagte: „Ich mache jetzt nichts mehr. Ich kann nicht mehr.“ Das hat ihm eine Anklage wegen ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung unter dem Gewehr und wegen Dienstbeschädigung eingetragen, die am 6. Februar vor dem Kriegsgericht in Frankfurt a. M. verhandelt wurde. Dafür, daß er das Gewehr absichtlich weggeworfen habe, wie die Unteroffiziere anfänglich meinten, konnte ein Beweis nicht erbracht werden. Der Rekrut gab an, er sei vor Eröffnung der Übung gestolpert, und der „alte Mann“ erklärte, es hätten ihm von diesem Nachgarnieren noch zwei Tage nachher die Beine weh getan. Der Vertreter der Anklage war deshalb der Ansicht, daß der Angeklagte nicht vorwurfsmäßig behandelt, sondern so streng erzogen worden ist, daß er schließlich nicht mehr konnte. Sogar hätte er für eine ausdrücklichen Gehorsamsverweigerung unter dem Gewehr schuldig gemacht, wofür die Mindeststrafe 43 Tage Gefängnis sind. Infolge der ihm zuviel gewordenen Behandlung wurde die Strafe nach § 98 des Militärstrafgesetzbuches ermäßigt, und es wurde auf 22 Tage Mittel- arrest erkannt.

**Das Sündenregister des Leutnants.** Eine in Meß viel besprochene Skandalaffäre, von der wir schon kurz berichteten, kam, wie dem „Berl. Tgl.“ noch ergänzend geschrieben wird, unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor dem vorigen Gouvernementsgericht zur Verhandlung. Der Sachverhalt ist folgender: In der Ludwigs-Kaserne zu Meß hat die Militärfeuerwehr eine beständige Wache, aus einem Offizier, 3 Unteroffizieren und 28 Mann bestehend. Am 28. November v. J. kam Leutnant v. Schweinitzen vom Königsregiment Nr. 145 morgens zwischen 1 und 2 Uhr von einer Kaffinofee aus an die Kasermentür und befahl dem Feldwebel der 1. Batterie des bayerischen Fußartillerie-Regiments Nr. 2, die Wache zu alarmieren. v. Schweinitzen war zur gegebenen Zeit gerade Kommandant der Wache und besaß das Recht der Alarmierung. Aber der Feldwebel, an den er sich wandte, hatte mit der Feuerwache gar nichts zu tun und erwiderte dem Offizier, daß er sich an den wachhabenden Telegraphisten wenden müsse. Die Erklärung des Feldwebels brachte den Leutnant so in Aufregung, daß er dem Feldwebel die schwersten, nicht wiederzugebenden Beleidigungen zurief und ihm befahl, auf das Bureau mitzukommen. Dort begann er eine Vernehmung des Feldwebels. Dann ging der Leutnant zum Wachhabenden, einem Gefreiten, und wiederholte seinen Alarmierungsbefehl. Dieser erklärte wieder instruktionsgemäß, daß der Herr Leutnant sich an den Telegraphisten wenden müsse. Die Erklärung beantwortete Leutnant von Schweinitzen damit, daß er den Gefreiten und Wachhabenden ohrfeigte. Hierauf alarmierte er selbst unter angeblich großem Lärmen und Toben die Feuerwehr. Als ihm die Sache nicht schnell genug ging, schürte er selbst die Pferde ab und führte sie in den Stall. Nach Beendigung des nächsten Spuks ging Leutnant v. Schweinitzen ins Revier der Kompanie, jagte einen Kanonier vom Strohsack herab und legte sich selbst in das gewärmte Bett. Dort schlief er bis zum „Aufstehen“. Der geohrfeigte Wachhabende brachte die Vorgänge zur Anzeige. Der Vertreter der Anklage beantragte 5 Jahre Gefängnis. Das Urteil lautete, wie bereits gemeldet, wegen Beleidigung, tätlichen Angriffs und Trunkenheit auf ein Jahr einen Monat Festung sowie Dienstentlassung. Der Angeklagte bezieht sich eine Erklärung über Annahme des Urteils vor.

**Die japanische Nationalhymne**, die jetzt im fernem Osten gewiß mit verstärkter Zubrührung gesungen wird, ist die älteste und auch die kürzeste Nationalhymne, die es gibt. Sie heißt „Kimigayo“ und lautet in der Uebersetzung etwa folgendermaßen: „Möge die Regierung unseres Herrschers tausend Jahre dauern und noch achtaufend Jahre länger, bis die Steine keine Felsen mehr sind, und das Moos nicht mehr die Wälder!“ Obgleich die Hymne aus uralten Zeiten stammt, ist sie die offizielle Nationalhymne von Japan erst seit dem Zeitpunkt geworden, in dem das Land sich zu europäischer Kultur zu bekehren begann.

### Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist soeben das 19. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Antonio Labriola. Allerhand Revolutionäres. Von Karl Kautsky. 1. Bedenken gegen die Konsequenzen des proletarischen Regimes. — Die Arbeiterbewegung im modernen Japan. Von Gustav Edthelm. (Fortsetzung) — Die Einkommensverteilung in Oesterreich. Von Dr. Fritz Winter. — Die Krankenversicherung in Basel-Stadt. Beitrag zur Frage der freien Arztwahl oder Kassenärzte. Von Dr. J. Herz (Basel). — Literarisches Rundschau: Dr. C. Roth, Die Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land in geluntheitlicher Beziehung und die Sanierung des Landes. Von Dr. G. Wagner. Hubert Rodt, Der unverfälschte Sokrates. Von P. Das Geschlechtliche in der Jugendliteratur. Von S. Tr. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportageure zum Preise von 3 25 Mk pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreissliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Leutnant gehen, wie er ganz ruhig bei Baumanns sah und ein Glas Bier trank, es wäre ihm trotz der Trauer böß dahinein ergangen! Aber die Tatsache war, daß er selber keinen großen Drang fühlte, nach Hause zurückzukehren, denn die Kunde, die er dahin brachte, war auf der einen Seite wohl gut, hatte aber auf der andern auch einen bedeutenden Haken, und er mußte erst ein klein wenig mit sich ins Klare kommen — er mußte das wenigstens —, um die Sache, so viel es ging, zu mildern.  
Leider fiel ihm aber in der Restauration auch kein Ausweg ein; es gab eben keinen, denn ein Scheitern konnte das Regiment nicht bleiben, und da er schließlich nicht länger sitzen durfte — wußte er doch recht gut, wie sehr jählich und unangelegentlich er zu Hause erwartet wurde —, stand er endlich mit einem Seufzer auf, zahlte seine kleine Beute und schritt dann langsam seiner eigenen Wohnung zu.  
„Da kommt der Bauer!“ rief Flora, die wohl schon häufiger aus dem Fenster gesehen hatte, um sein Nähen anzusehen. „Aber er geht ja langsam, als ob er Blei unter den Füßen hätte!“  
„Oh, Du lieber Gott, das ist ein böses Zeichen!“ rief Henriette und wurde rotblass.  
„Ne, ich hab' es vorhergesehen!“ rief die Frau Oberstleutnant in böser Miene mit dem Kopfe; „wundern sollt' es mich gar nicht.“  
„Aber, liebe Mama, es ist ja doch gar nicht denkbar — gar nicht möglich!“  
„Richtig ist Alles, meine Tochter!“ sagte die Frau Oberstleutnant bestimmt, „und bei der Frau, dessen Tante — Gott hab' sie selig —, war schon einmal gar! Aber wir werden es ja jetzt gleich hören; ist denn der Bauer noch nicht in's Haus? Der Mann kann Genaue zur Bergweisung tun!“  
„Gena tritt er herin, Mama!“ rief Flora, die schon

wieder im Fenster lag; „nein, er spricht erst noch unten in der Tür mit dem Apotheker.“  
„Mit Herrn Semmlin?“ rief Henriette rasch.  
„Ja, da unten stehen sie zusammen, jetzt kommt er herein. Ich sage Dir, Mama, mir kloßt das Herz in der Brust wie ein Schmiedehammer.“  
Flora hatte das Fenster geschlossen, und Henriette war aufgesprungen, um den Vater einzulassen. Sie öffnete die Vorhänge und hörte dabei, wie jemand von oben die Treppe herunterkam. Er mußte ganz oben gewesen sein, denn er war schon auf der zweiten Treppe — und der Vater ließ sich noch immer nicht sehen. Die Mutter hatte Recht; er konnte Eimen wirklich zur Bergweisung treiben.  
Jetzt lag der schwere Schritt von oben um den letzten Treppenschritt, und — „Herr von Solberg!“ rief Henriette wirklich erschauert aus, als sie in dem Herrn den jungen Mann erkannte, „wollen Sie zu uns?“  
„Mein gnädiges Fräulein,“ erwiderte Hans, der sich jetzt gar nicht in der Stimmung fühlte, eine gleichgültige Unterhaltung anzuknüpfen, „ich freue mich, Sie begrüßen zu können, aber ich wollte Sie nicht belästigen; ich hatte oben eine Besorgung auszurichten. Sie haben so schweren Verlust erlitten“ — die Trauerkleider mahnten ihn daran.  
„Ach Gott, ja!“ sagte Henriette; „aber da ist der Vater, wir haben ihn schon so erwartet.“  
„Ich will Sie nicht hören. Guten Morgen, lieber Oberstleutnant!“  
„Ah, guten Morgen, Herr von Solberg! Wie geht es? Warten Sie bei mir?“  
„Nein, ich hatte nur hier im Hause etwas zu tun. Auf Wiedersehen, später!“ und mit einer Verbeugung gegen die junge Dame, während er ihrem Vater die Hand schüttelte, sprang er jetzt die von hier an hellen Stufen hinab.  
(Fortsetzung folgt.)